



**RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 9. November 2007 (07.12)
(OR. en)**

**14799/5/07
REV 5**

**COAFR 330
ACP 213
RELEX 806
COPOL 37
MIGR 111
COMAG 41
COSDP 892
PESC 1294
DEVGEN 226**

VERMERK

des	Generalsekretariats des Rates
für	das PSK / den Ausschuss der Ständigen Vertreter/ Rat
Nr. Vordokument:	14004/1/07 REV 1
Betr.:	Entwurf einer gemeinsamen Strategie Afrika-EU und ihres ersten Aktionsplans (2008-2010)

Der AStV und der Rat werden mit Blick auf den EU-Afrika-Gipfel am 8./9. Dezember 2007 in Lissabon gebeten, dem Entwurf einer gemeinsamen Strategie Afrika-EU und dem Entwurf ihres ersten Aktionsplans (2008-2010) zuzustimmen, die bei dem Treffen der Ministertroika Afrika-EU am 31. Oktober 2007 in Accra, Ghana, gebilligt wurden. Beide Entwürfe sind in ihrer derzeitigen Fassung diesem Vermerk beigelegt.

Das PSK wird in seinem Zuständigkeitsbereich ebenfalls über die Erarbeitung des Entwurfs der gemeinsamen Strategie Afrika-EU und ihres ersten Aktionsplans (2008-2010) unterrichtet.

DIE STRATEGISCHE PARTNERSCHAFT AFRIKA-EU

Eine Gemeinsame Strategie Afrika-EU

(angenommen von der Ministertroika Afrika-EU am 31. Oktober 2007)

I. KONTEXT, GEMEINSAME VISION UND GRUNDSÄTZE

1. Kontext

1. Afrika und Europa sind durch ihre Geschichte, ihre Kultur, ihre Geografie und eine gemeinsame Zukunft miteinander verbunden und sie teilen gemeinsame Werte: Achtung der Menschenrechte, Freiheit, Gleichheit, Solidarität, Gerechtigkeit, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie, wie sie in den einschlägigen internationalen Übereinkommen und in den Rechtsakten zur Gründung unserer jeweiligen Union verankert sind.
2. Seit dem historischen ersten Gipfeltreffen Afrika-EU im Jahr 2000 in Kairo, auf dem unsere Partnerschaft durch die Institutionalisierung unseres Dialogs gefestigt wurde, haben auf beiden Kontinenten beträchtliche Veränderungen stattgefunden. In Afrika wie auch in Europa wurden Demokratisierungs- und Reformprozesse eingeleitet, die nun vertieft werden, und auf beiden Kontinenten wurden die Anstrengungen zur Bewältigung von Konflikt- und Krisensituationen fortgesetzt. Gleichzeitig haben sich die Integrationsprozesse auf beiden Kontinenten beschleunigt – zum einen wurde die Organisation der Afrikanischen Einheit (OAU) in die Afrikanische Union (AU) mit ihrem sozioökonomischen Programm, der Neuen Partnerschaft für die Entwicklung Afrikas (NEPAD), ungewandelt, zum anderen hat die Europäische Union (EU) ihre Mitgliederzahl fast verdoppelt und befindet sich in einem Prozess der Vertiefung der Union. Auch die Welt hat sich verändert: neue internationale und globale Herausforderungen sind entstanden, die Globalisierung hat sich beschleunigt und die Welt ist immer stärker miteinander verflochten.

3. Als Reaktion auf diese Veränderungen hat sich die Zusammenarbeit zwischen Afrika und der EU rasch entwickelt und diversifiziert. Beide Seiten haben politische Strategien entwickelt und Strategiepapiere erstellt, an denen sich ihre Zusammenarbeit ausrichtet; dazu gehören die Gründungsakte der AU, ihr strategischer Rahmen 2004-2007 und die Strategie EU-Afrika von 2005. Nun ist es jedoch an der Zeit, dass diese beiden Nachbarn mit ihrer reichen und komplexen Geschichte eine neue und stärkere Partnerschaft schmieden, die auf ihren neuen Identitäten und erneuerten Institutionen aufbaut, Nutzen aus den Lehren der Vergangenheit zieht und einen soliden Rahmen für eine langfristige, systematische und gut integrierte Zusammenarbeit bietet. Eine neue Phase der Partnerschaft Afrika-EU muss nun eingeleitet werden; eine neue strategische Partnerschaft und eine Gemeinsame Strategie Afrika-EU sind als politische Vision und als Fahrplan für die künftige Zusammenarbeit zwischen beiden Kontinenten in bereits etablierten und neuen inhaltlichen Bereichen und Instanzen erforderlich.

2. Gemeinsame Vision

4. Mit dieser Gemeinsamen Strategie sollen die Beziehungen zwischen Afrika und der EU ein neues, strategisches Niveau mit einer verstärkten politischen Partnerschaft und einer verbesserten Zusammenarbeit auf allen Ebenen erreichen. Die Partnerschaft wird auf einem europäisch-afrikanischen Konsens über Werte, gemeinsame Interessen und gemeinsame strategische Ziele beruhen. Ziel der Partnerschaft sollte es sein, durch die Stärkung der wirtschaftlichen Entwicklung und die Förderung der nachhaltigen Entwicklung auf beiden Kontinenten und eines Zusammenlebens in Frieden, Sicherheit, Wohlstand, Solidarität und Menschenwürde die Entwicklungskluft zwischen Afrika und Europa zu überbrücken.
5. Diese Gemeinsame Strategie, die einen übergeordneten langfristigen Rahmen für die Beziehungen zwischen Afrika und der EU bietet, wird durch aufeinander folgende kurzfristige Aktionspläne und einen verstärkten politischen Dialog auf allen Ebenen umgesetzt, der in allen Bereichen der Partnerschaft zu konkreten und messbaren Ergebnissen führen wird.

3. Grundsätze

6. Diese Partnerschaft und ihre weitere Entwicklung werden durch folgende Grundprinzipien bestimmt: Einheit Afrikas, Verflechtung zwischen Afrika und Europa, Eigenverantwortlichkeit und gemeinsame Verantwortung, Achtung der Menschenrechte, der demokratischen Grundsätze und der Rechtsstaatlichkeit sowie Recht auf Entwicklung. Vor dem Hintergrund dieser neuen Partnerschaft verpflichten sich beide Seiten auch, die Kohärenz und die Wirksamkeit der bestehenden Übereinkommen, politischen Strategien und Instrumente zu erhöhen.
7. Die Partnerschaft wird ferner durch folgende Elemente bestimmt: verstärkter politischer Dialog, gemeinsame Verwaltung und Mitverantwortung im Rahmen unserer bilateralen Zusammenarbeit und im Hinblick auf globale Fragen, Lastenteilung und gegenseitige Rechenschaftspflicht, Solidarität und gegenseitiges Vertrauen, Gleichheit und Gerechtigkeit, gemeinsame und menschliche Sicherheit, Achtung des Völkerrechts und der internationalen Übereinkommen, Gleichstellung der Geschlechter und Nichtdiskriminierung und – nicht zuletzt – durch ein langfristiges Konzept.

II. ZIELE

8. Mit dieser langfristigen strategischen Partnerschaft werden vier Hauptziele verfolgt:
 - i. Stärkung und Intensivierung **der politischen Partnerschaft Afrika-EU** im Hinblick auf die Lösung von Fragen von gemeinsamem Interesse. Dies umfasst u. a. stärkere Verbindungen auf institutioneller Ebene und die Bewältigung gemeinsamer Herausforderungen, insbesondere in den Bereichen Frieden und Sicherheit, Migration und Entwicklung sowie Umweltschutz. Zu diesem Zweck werden beide Seiten Afrika als eine Einheit behandeln und den politischen Dialog Afrika-EU ausbauen, um eine starke und nachhaltige Partnerschaft zwischen beiden Kontinenten zu ermöglichen, in deren Mittelpunkt die AU und die EU stehen.
 - ii. Stärkung und Förderung von Frieden, Sicherheit, demokratischer Staatsführung und Menschenrechten sowie der Grundfreiheiten, der Gleichstellung der Geschlechter, der nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung, einschließlich Industrialisierung, und regionaler und kontinentaler Integration in **Afrika**, und Erreichung aller Millenniums-Entwicklungsziele in allen afrikanischen Ländern bis zum Jahr 2015.

- iii. Gemeinsame Förderung und Aufrechterhaltung eines Systems des wirksamen Multilateralismus mit starken, repräsentativen und rechtmäßigen Institutionen, gemeinsame Förderung der Reform des Systems der Vereinten Nationen (VN) und anderer zentraler internationaler Institutionen und gemeinsame **Anstrengungen angesichts globaler Herausforderungen** und Fragen von gemeinsamem Interesse wie Menschenrechte, einschließlich Rechte des Kindes und Gleichstellung der Geschlechter, fairer Handel, Migration, HIV/AIDS, Malaria, Tuberkulose und sonstige Pandemien, Klimawandel, Energiesicherheit und -nachhaltigkeit, Terrorismus, Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und illegaler Handel mit Kleinwaffen und leichten Waffen sowie Fragen der wissenschaftsgestützten Gesellschaft wie IKT, Wissenschaft, Technologie und Innovation.
- iv. Erleichterung und Förderung einer breit angelegten und weit reichenden, **auf die Menschen ausgerichteten Partnerschaft**, indem Afrika und die EU die Voraussetzungen schaffen, um nichtstaatliche Akteure¹ in die Lage zu versetzen, in Prozessen der Entwicklung, des Aufbaus der Demokratie, der Konfliktverhütung und des Wiederaufbaus nach Konflikten eine aktive Rolle zu spielen. Beide Seiten werden ferner ganzheitliche Konzepte für Entwicklungsprozesse fördern und diese Gemeinsame Strategie zu einer ständigen Plattform für die Information, die Beteiligung und die Mobilisierung eines breiten Spektrums von Akteuren der Zivilgesellschaft in der EU, in Afrika und darüber hinaus machen. Ein laufender Dialog mit der Zivilgesellschaft, dem Privatsektor und den Interessenträgern vor Ort zu Fragen im Zusammenhang mit dieser Gemeinsamen Strategie wird ein entscheidendes Element für ihre erfolgreiche Umsetzung sein.

III. NEUE KONZEPTE

9. Um diese grundlegenden Ziele zu erreichen, müssen Afrika und die EU eine Reihe wichtiger politischer Herausforderungen gemeinsam bewältigen, die für den Erfolg der neuen Partnerschaft wesentlich sind, darunter:
- a) Abkehr von den herkömmlichen Beziehungen und Bildung einer echten Partnerschaft, die sich durch Gleichheit und das Streben nach gemeinsamen Zielen auszeichnet.

¹ Im Kontext dieser Gemeinsamen Strategie umfasst der Begriff "nichtstaatliche Akteure" Folgendes: i) den Privatsektor, ii) die Wirtschafts- und Sozialpartner, einschließlich der Gewerkschaften, und iii) die Zivilgesellschaft in all ihren Formen gemäß den einzelstaatlichen Gegebenheiten.

- b) Aufbau auf den positiven Erfahrungen und den Lehren aus unseren früheren Beziehungen, in denen Mechanismen und Instrumente in bestimmten Politikbereichen erfolgreich angewandt wurden, und Lernen von den Defiziten in anderen Bereichen.
- c) Vermittlung eines zutreffenderen Bildes voneinander, da dieses bislang durch überkommene negative Klischees geprägt ist und die äußerst positiven Entwicklungen auf beiden Kontinenten außer Acht lässt.
- d) Förderung des gegenseitigen Verständnisses zwischen den Völkern und Kulturen der beiden Kontinente sowie Eintreten für eine bessere und systematischere Nutzung unseres gemeinsamen kulturellen und sozialen Erbes und unserer kulturellen Vielfalt sowie des wirtschaftlichen Reichtums und der wirtschaftlichen Möglichkeiten, die es in Europa und Afrika gibt.
- e) Anerkennung und umfassende Unterstützung der Anstrengungen und der Führungsrolle Afrikas, um günstige Voraussetzungen für die nachhaltige soziale und wirtschaftliche Entwicklung und die wirksame Umsetzung von partnerschaftlich unterstützten Entwicklungsprogrammen zu schaffen und in diesem Kontext Betonung eines nachdrücklichen politischen Engagements Afrikas und seiner Verantwortung zur Unterstützung der Ziele und Prioritäten der Partnerschaft.
- f) Gemeinsame Bemühungen um eine schrittweise Anpassung der einschlägigen politischen, rechtlichen und finanziellen Rahmenvorgaben sowie aller relevanten Kooperationsinstrumente und -mechanismen an die Bedürfnisse und Ziele unserer Partnerschaft und Schaffung eines Rahmens, mit dem besser auf die Anliegen der jeweils anderen Seite eingegangen werden kann.
- g) Gewährleistung, dass bilaterale Beziehungen, Dialoge und Zusammenarbeit zwischen einem oder mehreren europäischen und afrikanischen Ländern einen Beitrag zur Erreichung der in dieser Gemeinsamen Strategie festgelegten Ziele leisten.
- h) Aufnahme gemeinsamer Lösungsansätze für globale Herausforderungen in unsere Agenda und Intensivierung unseres Dialogs und unserer Zusammenarbeit im multilateralen Kontext.

- i) Förderung der vollständigen Integration von Mitgliedern von Migrationsgemeinschaften/ausländischen Gemeinschaften in ihren Aufenthaltsländern und gleichzeitig Förderung und Erleichterung der Verbindungen mit ihren Herkunftsländern, um einen konkreten Beitrag zum Entwicklungsprozess zu leisten.
- j) Berücksichtigung der Tatsache, dass wir unsere Ziele nur erreichen können, wenn diese strategische Partnerschaft von allen Beteiligten, auch von Akteuren der Zivilgesellschaft und den Lokalbehörden, angenommen wird und alle aktiv an ihrer Umsetzung mitwirken.

IV. Strategien

1. Strategischer Rahmen

- 10. Die vier Hauptziele dieser langfristigen strategischen Partnerschaft stecken den umfassenden Rahmen ab, in dem spezifische Strategien in den folgenden Bereichen erforderlich sind:
 - a) Frieden und Sicherheit, b) Staatsführung und Menschenrechte, c) Handel und regionale Integration sowie d) wichtige Entwicklungsfragen.
- 11. Bei der Umsetzung dieser neuen Partnerschaft werden sowohl die afrikanischen Partner als auch die EU den Grundsatz der Politikkohärenz im Interesse der Entwicklung anwenden, indem sie Wechselwirkungen und positive Komplementarität zwischen sektorbezogenen Politiken und Strategien ermitteln und fördern und gleichzeitig dafür Sorge tragen, dass in einem bestimmten Politikbereich getroffene Maßnahmen nicht die Ergebnisse in anderen Bereichen untergraben.

2. Strategische Prioritäten

- 12. Um unsere Ziele zu erreichen, müssen Afrika und die EU in den nachstehenden miteinander verflochtenen vorrangigen strategischen Bereichen konkrete Maßnahmen ergreifen und entscheidende Fortschritte erzielen:

a) Frieden und Sicherheit: Einsatz für eine sicherere Welt

13. Aufgrund ihrer Geschichte und Erfahrungen sind sich Afrika und Europa bewusst, wie wichtig Frieden und Sicherheit als Voraussetzungen für politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung sind. Dies war für die beiden Kontinente die Grundlage für eine erfolgreiche Zusammenarbeit, die sich auf die Notwendigkeit der Förderung eines ganzheitlichen Sicherheitskonzepts stützt, das Konfliktverhütung und langfristige Friedenskonsolidierung, Konfliktlösung und Wiederaufbau nach Konflikte in Verbindung mit Staatsführung und nachhaltiger Entwicklung umfasst, damit die Ursachen von Konflikten beseitigt werden können.
14. Sowohl Afrika als auch die EU sind jedoch heute fest entschlossen, diese Partnerschaft auf eine neue und strategische Ebene zu heben, und zwar nicht nur zur Förderung von Frieden und Sicherheit auf beiden Kontinenten, sondern auch bei Fragen von gemeinsamem Interesse im Weltkontext.

Förderung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in Afrika und Europa

15. Zentrales Element der Partnerschaft zwischen Afrika und der EU ist die Notwendigkeit eines intensivierten Dialogs und einer verstärkten institutionellen Zusammenarbeit, bei denen es nicht nur um Frieden und Sicherheit in Afrika geht, sondern auch um die Herausforderungen, vor denen Europa steht. Beide Seiten verpflichten sich daher, Informationen, Einschätzungen und Erfahrungen auszutauschen sowie Konsultationen zu Fragen von gemeinsamem Interesse zu führen. Dies wird nicht nur die Fähigkeit beider Kontinente stärken, rechtzeitig und angemessen auf Bedrohungen von Frieden und Sicherheit zu reagieren, sondern auch die Koordinierung der Bemühungen in einschlägigen internationalen Gremien, insbesondere im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, erleichtern.
16. Unter der Führung der AU wird die Afrikanische Friedens- und Sicherheitsarchitektur (APSA) aufgebaut. Die afrikanischen Mechanismen zur Friedensbildung, Friedenssicherung und Friedenskonsolidierung werden auf kontinentaler, regionaler und nationaler Ebene gestärkt. Kontinental oder regional getragene Friedensvereinbarungen sind heutzutage in Afrika die Regel und in den meisten afrikanischen Ländern herrscht nunmehr Frieden und Stabilität. Die EU ist stets ein Hauptpartner der afrikanischen Länder und Organisationen bei der Schaffung der Voraussetzungen für dauerhaften Frieden und Stabilität gewesen.

17. Aufgrund ihres Know-how, ihrer Finanzressourcen, ihrer Personalausstattung und ihrer Erfahrung sind die EU und ihre Mitgliedstaaten gut in der Lage, der AU andauernde und verstärkte Unterstützung bei ihren – in Zusammenarbeit mit den einschlägigen regionalen Organisationen Afrikas unternommenen – Bemühungen zur Operationalisierung der APSA zu bieten, u. a. durch den langfristigen Aufbau von Kapazitäten für ihre verschiedenen Strukturen, einschließlich des kontinentweiten Frühwarnsystems, des Rates der Weisen und der afrikanischen Bereitschaftstruppe. Der Rat für Frieden und Sicherheit der AU wird in diesem Prozess eine maßgebliche Koordinierungsfunktion übernehmen. Diese Unterstützung wird außerdem darauf abzielen, die Umsetzung anderer einschlägiger Instrumente der AU zu erleichtern, z.B. der Politik für den Wiederaufbau und die Entwicklung nach Konflikte, der Erklärung über das Grenzprogramm und der einschlägigen Instrumente zu Fragen der Entwaffnung. In diesem Zusammenhang werden Anstrengungen unternommen, um die Kohärenz mit breiter gefassten internationalen Bemühungen zu gewährleisten.
18. Die Unterstützung der EU für Afrika wurde stets durch den Grundsatz der Eigenverantwortung Afrikas geleitet; dies wird auch weiterhin so bleiben. Gleichzeitig werden wertvolle Leitlinien für die Zusammenarbeit nach Bedarf aus dem EU-Konzept für die Stärkung der afrikanischen Kapazitäten für Konfliktprävention, -management und -lösung aus entsprechenden Teilen des gemeinsamen EU-Politikrahmens für eine Reform des Sicherheitssektors und des EU-Konzepts für den Bereich Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung, aus Erfahrungen bei der Umsetzung der Friedensfazilität für Afrika (APF) sowie aus umfangreicheren internationalen Erfahrungen übernommen. Die Unterstützung der EU wird durch eine Reihe unterschiedlicher Instrumente bereitgestellt, insbesondere durch die Komponente Kapazitätenaufbau der Friedensfazilität für Afrika, die EU-Instrumente für Krisenbewältigung sowie andere EU-Programme wie das Programm zur Stärkung der afrikanischen Fähigkeiten zur Friedenserhaltung (Euro-RECAMP), und durch bilaterale Unterstützung der Mitgliedstaaten.
19. Mit dem Kapazitätenaufbau sollte ein Beitrag zur angemessenen, kohärenten und nachhaltigen Finanzierung der Tätigkeiten der AU und der regionalen Mechanismen für Konfliktprävention, -management und -lösung einhergehen, und zwar jeweils im Hinblick auf die zivile Krisenbewältigung und den Wiederaufbau und die Entwicklung nach Konflikte.

20. Eine nachhaltige, berechenbare und flexible Finanzierung für Friedenssicherungsmaßnahmen unter afrikanischer Führung stellt eine weitere wichtige Herausforderung dar. Die Friedensfazilität für Afrika hat einen wesentlichen Beitrag geleistet und ist ein gutes Beispiel dafür, wie die partnerschaftliche Unterstützung die afrikanische Finanzierung von Friedenssicherungsmaßnahmen unter afrikanischer Führung, einschließlich aus dem Friedensfonds der AU, ergänzen und verstärken kann. Die Erfahrung der vergangenen Jahre hat jedoch eindeutig gezeigt, dass zusätzliche Finanzierungsunterstützung zusammen mit soliden und rechenschaftspflichtigen Managementsystemen dringend erforderlich ist. Die EU verpflichtet sich, Schritte zur Einrichtung eines verlässlichen und nachhaltigen Finanzierungsmechanismus voranzubringen, der sich auf die Erfahrungen der Friedensfazilität für Afrika und die bilateralen Beiträgen der EU-Mitgliedstaaten sowie auf die Entschlossenheit Afrikas stützt, zusätzliche Mittel auf dem Kontinent zu mobilisieren.
21. Gleichzeitig wird die EU die Bemühungen Afrikas zur Erweiterung der Finanzierungsbasis und zur Mobilisierung zusätzlicher Ressourcen von den G8 und anderen internationalen Partnern unterstützen. Afrika und die EU werden auch gemeinsam an der Einrichtung eines VN-Mechanismus im Rahmen von Kapitel VIII der VN-Charta arbeiten, der für eine verlässliche, flexible und nachhaltige Finanzierung von friedenserhaltenden Maßnahmen sorgen soll, die von der AU oder unter ihrer Leitung und mit Zustimmung des VN-Sicherheitsrates durchgeführt werden.
22. Afrika und die EU verpflichten sich gemeinsam, die Rolle der Zivilgesellschaft und nichtstaatlicher Akteure im Rahmen eines umfassenden Ansatzes zu unterstützen und zu fördern, wobei die Bedeutung der Konfliktsensitivität besonders herausgestellt wird. Außerdem verpflichten sich beide Seiten zur Umsetzung der Resolutionen des VN-Sicherheitsrates 1325 (2000) über Frauen und Frieden und Sicherheit und 1612 (2005) über Kinder und bewaffnete Konflikte.

Gemeinsame und globale Herausforderungen für Frieden und Sicherheit

23. Das aktuelle globale Umfeld hat zwar neue Möglichkeiten zur Förderung von Frieden und Sicherheit in der Welt eröffnet, es birgt aber auch neue Herausforderungen für die Sicherheit, die – in einer Welt zunehmender wechselseitiger Abhängigkeiten und enger Verknüpfungen zwischen den internen und externen Aspekten der Sicherheit – nur durch konzertiertes internationales Vorgehen, u. a. im Rahmen der VN, bewältigt werden können. Anlass zu besonderer Besorgnis geben dabei Probleme in Verbindung mit grenzüberschreitender organisierter Kriminalität, internationalem Terrorismus, Söldneraktivitäten, Menschen- und Drogenhandel sowie illegalem Handel mit natürlichen Ressourcen, die alle wesentliche Faktoren für die Auslösung und Ausweitung von Konflikten und die Untergrabung staatlicher Strukturen sind.

24. Ferner besteht Einvernehmen darüber, dass die illegale Verbreitung und Anhäufung von Kleinwaffen und leichten Waffen und zugehöriger Munition und der illegale Handel damit, explosive Kampfmittelrückstände, die fortdauernde Verwendung von Antipersonenminen und die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen Anlass zu großer gemeinsamer Besorgnis geben. Afrika und die EU werden zusammen an der Lösung all dieser Fragen arbeiten und je nach Sachlage multilaterale, regionale und nationale Übereinkünfte anstreben und die Einhaltung der eingegangenen Verpflichtungen unterstützen, u. a. im Rahmen der Resolutionen des VN-Sicherheitsrates. Diese Zusammenarbeit, die auch Fragen der Terrorismusbekämpfung umfassen wird, wird in Form von Informationsaustausch, Kapazitätsaufbau im Bereich der Strafverfolgung und der Institutionen sowie justizieller Zusammenarbeit erfolgen.
25. Darüber hinaus haben sich in den vergangenen Jahren etliche neue Herausforderungen im Bereich der globalen und menschlichen Sicherheit ergeben, die beispielsweise mit dem Klimawandel, der Umweltverschmutzung, der Wasserbewirtschaftung, der Giftmülllagerung und Pandemien in Verbindung stehen. Afrika und die EU müssen ihre Kenntnisse der bestehenden Sicherheitsrisiken vertiefen und gemeinsam Lösungen erarbeiten, die gegenüber der breiteren internationalen Gemeinschaft und zusammen mit ihr formuliert werden könnten.
26. Über Afrika und die EU hinaus werden beide Seiten ihr Vorgehen koordinieren und ihren Einfluss bei der Suche nach nachhaltigen Lösungen für Krisen und Konflikte in anderen Teilen der Welt, die den internationalen Frieden und die Sicherheit gefährden, geltend machen, und zwar insbesondere in der Region des Nahen und Mittleren Ostens.

b) Staatsführung und Menschenrechte: Unsere Werte und Prinzipien wahren

Gemeinsame und globale Herausforderungen für Staatsführung und Menschenrechte

27. Die Förderung der demokratischen Staatsführung und der Menschenrechte ist ein zentrales Element des Dialogs und der Partnerschaft zwischen Afrika und der EU. Die beiden Kontinente werden sich gemeinsam darum bemühen, die Wirksamkeit des multilateralen Systems zu verstärken sowie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte als Werte zu fördern. Diesbezüglich wird die strategische Partnerschaft Afrika-EU einen offenen, intensiven und umfassenden Dialog über alle Aspekte und Konzepte der Staatsführung ermöglichen, einschließlich Menschenrechte, Rechte des Kindes, Gleichstellung der Geschlechter, demokratische Grundsätze, Rechtsstaatlichkeit, lokale Verwaltung, Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen, transparente und rechenschaftspflichtige Verwaltung öffentlicher Mittel, Entwicklung und Reform der Institutionen, menschliche Sicherheit, Reform des Sicherheitssektors, Korruptionsbekämpfung, soziale Verantwortung der Unternehmen sowie Aufbau und Entwicklung von Institutionen. Dieser Dialog sollte beiden Seiten dabei helfen, die zentralen Themen festzulegen, gemeinsame Standpunkte zu Fragen von gemeinsamem Interesse festzulegen und gemeinsam konkrete Initiativen und Maßnahmen zu ergreifen.
28. Im Falle von Konflikten, Krisen, Instabilität, schweren Demokratiedefiziten und/oder institutionellen Mängeln werden Afrika und die EU auf der Grundlage von Erörterungen in verschiedenen internationalen Gremien auch einen Dialog über das Konzept von "Situationen der Fragilität" führen, der zu einem gemeinsamen Verständnis und zu einem Einvernehmen über gegebenenfalls zu ergreifende Schritte führen soll.
29. Was die Menschenrechte betrifft, so werden Afrika und die EU für den Schutz und die Förderung der Menschenrechte aller Völker Afrikas und Europas zusammenarbeiten, u. a. im Rahmen eines verstärkten Dialogs zwischen den entsprechenden Institutionen der beiden Kontinente, beispielsweise des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte des Europarates, des Afrikanischen Gerichtshofs für Menschenrechte und Rechte der Völker und der Afrikanischen Menschen- und Völkerrechtskommission, des Afrikanischen Ausschusses für die Rechte und das Wohl des Kindes und der afrikanischen und europäischen nationalen Menschenrechtsinstitutionen.

30. Gleichmaßen werden Afrika und die EU auch auf globaler Ebene und in internationalen Gremien, einschließlich des Menschenrechtsrates der VN, im Hinblick auf die Förderung und die Achtung der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts sowie im Hinblick auf die wirksame Umsetzung internationaler und regionaler Menschenrechtsübereinkünfte zusammenarbeiten. Außerdem verpflichten sich beide Seiten, Strafflosigkeit in jeder Form zu bekämpfen. Die schwersten Verbrechen, die die internationale Gemeinschaft in ihrer Gesamtheit betreffen, insbesondere Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und Völkermord, sollten nicht ungestraft bleiben und ihre Verfolgung sollte durch Maßnahmen auf nationaler sowie internationaler Ebene gewährleistet sein. Diesbezüglich kommen die Partner überein, dass die Einrichtung und die wirksame Funktionsweise des Internationalen Strafgerichtshofs einen wichtigen Schritt für den Frieden und die internationale Justiz darstellen.
31. Afrika und die EU betonen, wie wichtig eine bessere Kenntnis afrikanischer Kulturgüter ist, und rufen zu einem Informationsaustausch zwischen den Ländern der EU und Afrikas über die vorhandenen afrikanischen Kulturgüter in der EU und Afrika auf. Afrika und die EU werden weiter bei der Bekämpfung des illegalen Handels mit Kulturgütern zusammenarbeiten und die Rückgabe von illegal erworbenen Kulturgütern an ihre Herkunftsländer entsprechend den einschlägigen UNESCO- und UNIDROIT-Übereinkommen und anderen gemeinsam vereinbarten Übereinkünften erleichtern und unterstützen. Weitere Formen der Zusammenarbeit zwischen Afrika und der EU werden der Austausch bewährter Praktiken und Erfahrungen, die Sensibilisierung der Öffentlichkeit sowie der Aufbau von Kapazitäten in den afrikanischen Ländern und technische Hilfe für diese Länder sein.

Zusammenarbeit zwischen der EU und Afrika im Hinblick auf demokratische Staatsführung

32. Die AU ist dabei, in diesem Bereich eine neue panafrikanische Architektur aufzubauen, und Afrika entwickelt auf allen Ebenen – auf Ebene der Länder, der Regionen und des gesamten Kontinents – seine institutionellen Kapazitäten im öffentlichen und im privaten Sektor. In diesem Kontext unterstützt die EU engagiert die Entwicklung von Institutionen, die Weitergabe von Kenntnissen und den Aufbau von Kapazitäten. Im Rahmen der Governance-Initiative, nach der für Partnerländer, die die Durchführung von Reformen zugesagt haben, zusätzliche Mittel bereitgestellt werden, wird die EU-Unterstützung, die auf Dialog und Anreizen basiert, auf dem Ansatz aufbauen, der bei der Integration des Konzepts der verantwortungsvollen Staatsführung in die Programmplanung des EEF verfolgt wird. Die EU-Unterstützung wird dabei dem Grundsatz folgen, dass die Verantwortung auf afrikanischer Seite und auf der lokalen Ebene liegt, und sie sollte sich nach den Agenden Afrikas richten.

33. Zwei besonders viel versprechende Beispiele afrikanischer Reformprogramme im Bereich der verantwortungsvollen Staatsführung und afrikanischer Maßnahmen zum Aufbau der Demokratie sind der Afrikanische Peer-Review-Mechanismus (APRM) und die afrikanische Charta für Demokratie, Wahlen und Staatsführung. Um den Afrikanischen Peer-Review-Mechanismus und die Umsetzung der Charta und ganz allgemein die panafrikanische Architektur im Bereich der verantwortungsvollen Staatsführung zu unterstützen, wird die EU ein Instrument einrichten, das die mit der Friedensfazilität für Afrika gemachten positiven Erfahrungen berücksichtigt und eine starke Verantwortung Afrikas für die Programmplanung und -durchführung mit Bestimmungen für die strategische und politische Beteiligung auf EU-Ebene verbindet. Dabei ist eine spezifische Unterstützung und Zusammenarbeit mit dem Afrikanischen Gerichtshof für Menschenrechte und Rechte der Völker, der Afrikanischen Menschen- und Völkerrechtskommission, dem Panafrikanischen Parlament und dem Rat für Wirtschaft, Soziales und Kultur der AU (ECOSOCC) vorgesehen.
34. Afrika und die EU werden zusammen die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit in Afrika unterstützen, und zwar durch eine stärkere Unterstützung der nationalen Menschenrechtskommissionen, der nationalen Parlamente und unabhängiger Wahlkommissionen sowie von Organisationen der Zivilgesellschaft.
35. Außerdem werden die AU und die EU zusammenarbeiten, um demokratische Wahlen gemäß den internationalen und regionalen Standards, einschließlich der Standards der AU für Wahlen, zu unterstützen, indem sie Wahlhelfer und -beobachter entsenden. Dabei werden sie sich darum bemühen, die Rolle der AU, der regionalen Organisationen und der Zivilgesellschaft bei der Wahlbeobachtung gemäß der von den VN gebilligten Grundsatzerklärung für internationale Wahlbeobachtungsmissionen von 2005 und der Erklärung von Durban über die Grundsätze für demokratische Wahlen in Afrika zu stärken.
36. Afrika und die EU werden ihre Zusammenarbeit bei internationalen Initiativen zur Bekämpfung des illegalen Handels und zur Förderung der transparenten und fairen Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen wie dem Kimberley-Zertifizierungsprozess, FLEGT (Rechtsdurchsetzung, Politikgestaltung und Handel im Forstsektor) und EITI (Initiative für Transparenz in der Rohstoffwirtschaft) verstärken. Afrika und die EU werden ferner zusammen Fragen bezüglich der Bekämpfung von Korruption, Bestechung, Fälschung, Geldwäsche und Steuerbetrug sowie sonstige Aspekte wirtschaftlicher Staatsführung angehen. In diesem Zusammenhang werden beide Seiten Maßnahmen einleiten, um Ermittlungen zu illegal erworbenen Vermögenswerten, einschließlich Finanzmitteln, und deren Rückgabe an die Herkunftsländer zu erleichtern.
37. Afrika und die EU sind sich einig, dass die Zivilgesellschaft, die Medien und die demokratischen Institutionen in all diesen Fragen eine wichtige Rolle im Hinblick auf die Gewährleistung von Transparenz und Rechenschaftspflicht spielen.

c) Handel und regionale Integration: Vergrößerung des Potenzials und Nutzung der Chancen

38. Die Verbesserung der Ordnungspolitik und des Investitionsklimas sind entscheidende Elemente, um Afrikas wirtschaftliche Stärke auszubauen und dem Kontinent zu ermöglichen, sich von der anhaltenden Unterstützung durch Geldgeber zu lösen und seinen Platz auf den Weltmärkten zu finden. Diesbezüglich sind die Entwicklung der Inlandsmärkte und die regionale Integration der Schlüssel zur Schaffung größerer und stärker integrierter Märkte, die – in Verbindung mit einer verstärkten Konvergenz des regulatorischen Umfelds – zu mehr Investitionen, erhöhten Produktionskapazitäten und somit einem nachhaltigen Wirtschaftswachstum und nachhaltiger Entwicklung beitragen.
39. Eine der Prioritäten der Partnerschaft Afrika-EU wird darin bestehen, Afrika dabei zu helfen, seine Leistungsfähigkeit zu steigern, in der Wertschöpfungskette weiter nach vorn zu rücken und weniger abhängig von Rohstoffen und einfachen Verarbeitungserzeugnissen zu sein, was langfristig der beste Weg ist, um eine Verschlechterung der Terms of Trade zu vermeiden und an der Weltwirtschaft teilzunehmen und von ihr zu profitieren. Afrika und die EU werden ferner gemeinsam mit anderen internationalen Partnern an der Förderung des fairen Handels - arbeiten. Diesbezüglich werden bei der Zusammenarbeit zwischen Afrika und der EU auf dem Gebiet des Handels und der regionalen Integration folgende Hauptziele verfolgt: i) Entwicklung der Privatwirtschaft, unterstützt durch Investitionen aus dem Ausland, zur Stärkung der Angebotsseite der afrikanischen Volkswirtschaften, ii) Entwicklung und Stärkung der Infrastrukturnetze und damit verbundener Dienstleistungen, die für den Personen- und Warenverkehr und die Informationsübermittlung erforderlich sind, und iii) Integration des Handels, die entscheidend ist für eine Verstärkung der Süd-Süd- und Nord-Süd-Handelsströme.

Entwicklung der Privatwirtschaft

40. Die Förderung eines investitions- und unternehmensfreundlichen Umfelds ist eine wesentliche Voraussetzung für die Entwicklung der Privatwirtschaft, und zwar im Rahmen eines stabilen politischen Umfelds und von Reformen in Verbindung mit der Staatsführung. Diese Bemühungen sollten durch angemessene Strategien für Wirtschaftswachstum in Afrika unterstützt werden, die auf die Erhaltung der gesamtwirtschaftlichen Stabilität, die Förderung von Reformen des regulatorischen Umfelds und der Harmonisierung, den Schutz der Rechte des geistigen Eigentums und der entsprechenden Normen, die Förderung von Investitionskodizes und die Einrichtung glaubwürdiger Rechtsvorschriften und Garantiesysteme abzielen. In diesem Zusammenhang wird es auch notwendig sein, gegen Faktoren wie Betrug, Korruption, Geldwäsche und organisierte Kriminalität vorzugehen, die potenzielle Investoren entscheidend abschrecken.

41. Die Zusammenarbeit zwischen Afrika und der EU in diesem Bereich zielt ab auf die Förderung eines stabilen, effizienten und harmonisierten Rechtsrahmens für Unternehmen, der frei ist von unnötiger Bürokratie, und auf die Förderung der sozialen Verantwortung der Unternehmen. Beide Seiten werden zur Unterstützung des Industrialisierungsprozesses in den Bereichen Technologieentwicklung und -transfer, Qualitätsinfrastruktur und Qualifikation zusammenarbeiten. Ferner wird die Zusammenarbeit darauf abzielen, zum Ausbau unterstützender Dienstleistungen für die Wirtschaft und zu einem leichteren Zugang zu Krediten beizutragen, insbesondere für die Umstellung von Wirtschaftstätigkeiten vom informellen zum formellen Sektor, was auch entscheidend dazu beitragen wird, dass sich mehr Frauen an der formellen Wirtschaft beteiligen können, und was Investitionen und Geschäftstätigkeiten von im Ausland lebenden Staatsangehörigen erleichtern wird.
42. Die Partnerschaft wird darüber hinaus – im Rahmen angemessener kontinentaler und regionaler Netze – zur Erleichterung und Intensivierung des Dialogs der Regierungen untereinander und zwischen Regierungen und Privatsektor auf beiden Kontinenten beitragen. Das Wirtschaftsforum EU-Afrika wird eine Schlüsselrolle dabei spielen, Unternehmer und öffentliche und private Investoren aus Europa und Afrika zusammenzubringen, um über Möglichkeiten zur Verbesserung des Investitions- und Wirtschaftsklimas zu beraten und für eine stärkere Profilierung unternehmerischer Tätigkeiten in Afrika zu sorgen.

Handel und Integration

43. Gemäß dem Vertrag von Abuja zur Gründung der Afrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft werden Handel und Integration als zentrale Elemente des weiter gefassten Prozesses der regionalen Integration und Entwicklung anerkannt, der durch diese Partnerschaft gebührend gefördert werden soll. Regionale Wirtschaftsgemeinschaften werden eine entscheidende Rolle als Bausteine des kontinentalen Integrationsprozesses spielen. Diesbezüglich werden Afrika und die EU zusammenarbeiten, um die Handelsvorschriften und -regelungen kohärenter zu gestalten und stärker zu harmonisieren. Dazu müssen Handels-, Zoll- und Industriepolitiken sowie Rechts- und Verwaltungsvorschriften schrittweise harmonisiert werden. Afrika und die EU werden zusammenarbeiten, um Programme und Mechanismen zur Entwicklung von Normen, Standards und Qualitätskontrollen auf regionaler und gesamtafrikanischer Ebene zu schaffen, die sich auf internationale Standards beziehen.

44. Ein zentraler Bereich werden dabei Vorschriften und technische Standards sein, einschließlich Veterinär- und Pflanzenschutzmaßnahmen. Es ist weithin anerkannt, dass die Einhaltung internationaler Veterinär- und Pflanzenschutzstandards ein wichtiges Element zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und des Marktzugangs der afrikanischen Landwirtschaft und Nahrungsmittelindustrie ist. Die Verbesserung afrikanischer Standards wird daher einen größeren Zugang zu den internationalen Märkten, die Förderung des Süd-Süd-Handels und den Abbau nichttarifärer Handelshemmnisse ermöglichen. Beide Seiten werden den Zugang afrikanischer Güter und Dienstleistungen zu den internationalen Märkten und insbesondere zum EU-Markt weiter fördern. Ein weiterer wichtiger Bereich wird die Erweiterung der Produktionskapazitäten für Arzneimittel gemäß den internationalen Vorschriften über gute Herstellungsverfahren und wirksamen regulatorischen Verfahren sein, einschließlich der Kontrolle gefälschter Arzneimittel und anderer Erzeugnisse, bei gleichzeitiger Verbesserung des Zugangs zu erschwinglichen lebenswichtigen generischen Arzneimitteln, Impfstoffen und Erzeugnissen für die wichtigsten und häufigsten Krankheiten und Epidemien. Diesbezüglich wird die Kapazität der afrikanischen Länder zur umfassenden Nutzung der Flexibilitätsbestimmungen des TRIPS-Übereinkommens im Einklang mit dem Arzneimittelerzeugungsplan für Afrika ausgebaut werden. Ein dritter zentraler Bereich wird der präferenzielle Marktzugang für umweltfreundliche Technologien und Produkte sein.
45. Die Zusammenarbeit zwischen Afrika und der EU wird durch verstärkte entwicklungsorientierte bilaterale Handelsbeziehungen zwischen beiden Seiten wie folgt untermauert: i) durch die Umsetzung der Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (WPA) mit den afrikanischen WPA-Regionen (Westafrika, Zentralafrika, Ostafrika und südliches Afrika und südafrikanische Gruppe), zu denen die regionalen Wirtschaftsgemeinschaften und anderen afrikanischen Organisationen² gehören, und durch die Umsetzung des EU-Mittelmeerraum-Freihandelsabkommens mit den Ländern Nordafrikas; ii) durch die Unterstützung afrikanischer Unternehmen bei ihren Bemühungen, EU-Normen und -Standards zu erfüllen und ihre Produktionskapazität auszubauen; iii) durch Zusammenarbeit bei der Entwicklung von Ausfuhrstrategien und Beziehungen zwischen Unternehmen. Die WPA als Entwicklungsinstrumente werden auf subregionaler Ebene umgesetzt, aber für den Prozess der regionalen Integration insgesamt ist der AU-EU-Dialog von großer Bedeutung, da er die Schnittstelle mit den sich entwickelnden regionalen Wirtschaftsgemeinschaften bildet. Beide Seiten betonen, dass der WPA-Prozess die afrikanische Agenda für regionale und kontinentale Integration auf der Grundlage des Vertrags von Abuja unterstützen muss.

² Die regionalen Wirtschaftsgemeinschaften und anderen an den Verhandlungen über die WPA beteiligten Organisationen sind: Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten (ECOWAS), Westafrikanische Wirtschafts- und Währungsunion (UEMOA), Wirtschaftsgemeinschaft zentralafrikanischer Staaten (CEEAC), Zentralafrikanische Wirtschafts- und Währungsgemeinschaft (CEMAC), Gemeinsamer Markt für das östliche und südliche Afrika (COMESA), Entwicklungsgemeinschaft des südlichen Afrika (SADC), Südafrikanische Zollunion (SACU), EAS, Ostafrikanische Gemeinschaft (OAG) und Kommission für den Indischen Ozean (IOC).

46. Die genannten Bemühungen, insbesondere der Prozess der Umsetzung der WPA, sowie allgemeinere Bemühungen zur besseren Integration in das regelgestützte Welthandelssystem und zur wirksameren Nutzung des Handels bei der Förderung von Wachstum und bei der Armutsbekämpfung werden durch die Gemeinschaft (EEF und andere Instrumente) und die EU-Mitgliedstaaten gemäß der EU-Strategie für Handelshilfen und durch Beiträge anderer Entwicklungsakteure unterstützt. Entsprechend den Bemühungen um eine weitere Integration auf subregionaler Ebene werden auch Bemühungen um eine bessere Integration auf gesamt-afrikanischer Ebene unterstützt.
47. Was die globale Ebene anbelangt, so werden sich Afrika und die EU für eine weltweite Ordnungspolitik einsetzen und sich weiterhin um die Integration Afrikas in die Weltwirtschaft bemühen. Dazu wird auf die Koordinierung der Positionen Afrikas und der EU in internationalen Gremien hingearbeitet werden. Afrika und die EU werden gemeinsam auf einen möglichst baldigen Abschluss der Doha-Entwicklungsagenda hinwirken. So könnten sie sich beispielsweise bei entwicklungspolitischen Kernfragen – wie der Reduzierung handelsverzerrender Subventionen, mehr Zugang zu den Märkten aller WTO-Mitgliedstaaten, Senkung von Spitzenzöllen, bessere Antidumping-Regeln sowie Umsetzung von Reformen im Hinblick auf die Erleichterung des Handels und die Gewährleistung der Versorgungssicherheit – um eine gemeinsame Verhandlungsgrundlage bemühen. In diesem Zusammenhang werden Afrika und die EU beim Aufbau technischer und institutioneller Kapazitäten mit Blick auf Verhandlungen über Handel und damit verbundene Bereiche wie Qualität und Lebensmittelsicherheit, Industriegüter, technische Handelshemmnisse (TBT), Veterinär- und Pflanzenschutzmaßnahmen (SPS) und Rohstoffe zusammenarbeiten, um den afrikanischen Handel zu fördern und die Gesundheit und Rechte der Verbraucher zu sichern.
48. Schließlich werden Afrika und die EU ihre Zusammenarbeit im Bereich Statistik verstärken, um den Entscheidungsträgern und anderen Nutzern von Statistiken zu helfen und die laufenden Bemühungen zur Koordinierung und Harmonisierung der Statistiken in Afrika im Rahmen der afrikanischen Charta für Statistik zu intensivieren.

d) Zentrale Entwicklungsfelder: Schnellere Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele

49. Die afrikanischen Länder können die Millenniums-Entwicklungsziele nur erreichen, wenn sie Wirtschaftswachstum und eine gerechte soziale Entwicklung aufrechterhalten und wenn sowohl Afrika als auch die EU ihre Investitionen intensivieren, ihre Strategien besser auf die Ziele ausrichten und ihre Versprechungen einhalten. Auf halbem Weg zwischen dem Jahr 2000 und dem Jahr 2015 ist die Unterstützung der afrikanischen Bemühungen zur Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele weiterhin die Hauptherausforderung für die EU-Politik im Bereich Außenbeziehungen und Entwicklungszusammenarbeit gegenüber Afrika. Diesbezüglich sollten die Bemühungen sich auf wesentliche Beiträge zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele in acht Bereichen konzentrieren: 1) Armut und Hunger, 2) Primarbildung für alle, 3) Gleichstellung der Geschlechter und Mitgestaltungsrechte von Frauen, 4) Kindersterblichkeit, 5) Gesundheitsfürsorge für Mütter, 6) HIV/AIDS, Malaria und andere Krankheiten, 7) Nachhaltigkeit der Umwelt und 8) Aufbau einer Entwicklungspartnerschaft.

Entwicklungspolitische Zusammenarbeit

50. Um die in dieser Gemeinsamen Strategie dargelegten Ziele zu erreichen, sollten die Partner dringend auf besser vorhersehbare und stabilere ergebnisorientierte Hilfen hinarbeiten. Die EU bekräftigt daher ihre Entschlossenheit, die im Rahmen des Konsens von Monterrey im Mai 2005 vereinbarten Ziele zu erreichen, d.h. bis 2010 die ODA-Quote für die Staaten, die der EU vor 2002 beigetreten sind, individuell auf 0,51 % des BNE zu erhöhen und für die Staaten, die der EU nach 2002 beigetreten sind, im Rahmen ihrer jeweiligen Haushaltsaufstellungsverfahren eine ODA-Quote von 0,17 % anzustreben und so gemeinsam eine ODA-Quote von 0,56 % des BNE zu erreichen; dies soll ein Zwischenschritt auf dem Weg zum Ziel der VN sein, bis 2015 eine ODA-Quote von 0,7 % zu erreichen. Das Ziel von 0,56 % des BNE für öffentliche Entwicklungshilfe bis 2010 dürfte mindestens zusätzlichen 20 Mrd. EUR an öffentlicher Entwicklungshilfe pro Jahr entsprechen, wovon mindestens 50 % dem afrikanischen Kontinent zugute kommen sollen. Die EU wird diese Verpflichtungen einhalten und umsetzen, und sie wird die erforderlichen Maßnahmen treffen, um eine fristgerechte Bereitstellung der zugesagten Hilfen für Afrika zu gewährleisten. Die Partner werden sich ferner weiter darum bemühen, die Schulden auf einem langfristig tragbaren Niveau zu halten; wo dies nicht möglich ist, werden sie einen Schuldenerlass im Rahmen der bestehenden Initiativen und Gremien in Erwägung ziehen.

51. Afrika und die EU werden zudem ihre Zusammenarbeit bei der Umsetzung der Pariser Erklärung über die Wirksamkeit der Entwicklungshilfe verstärken. Sie werden ferner die Angleichung und Harmonisierung der Entwicklungshilfelinstrumente fördern und - sofern es die Umstände zulassen - verstärkt auf allgemeine und sektorenbezogene Haushaltshilfe zurückgreifen und eng zusammenarbeiten, um die EU-Verpflichtungen zur Förderung von Komplementarität und Arbeitsteilung umzusetzen.
52. Die Vorhersehbarkeit der Entwicklungshilfe sollte verbessert werden, und die EU wird sich um eine Begrenzung der Bedingungen, an die sie ihre Hilfe knüpft, bemühen und weiter zu einer ergebnisorientierten Hilfe übergehen, mit einer eindeutigen Bindung an die Indikatoren und Leistungsmerkmale der Millenniums-Entwicklungsziele. In diesem Zusammenhang werden Afrika und die EU auch ihre Zusammenarbeit im Bereich Statistik verbessern und ausbauen, damit die Strategien und Beschlüsse auf klaren Erkenntnissen beruhen.
53. Darüber hinaus erkennen beide Seiten uneingeschränkt an, dass die Entwicklungszusammenarbeit allein nicht ausreicht, um diese Ziele zu erreichen, und dass auf beiden Seiten politische Maßnahmen nötig sind, die nicht als Hilfe konzipiert sind, um bessere Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Millenniums-Entwicklungsziele erreicht werden, beispielsweise durch eine Stärkung der Politikkohärenz im Interesse der Entwicklung. Zu diesem Zweck werden EU und AU darüber beraten, wie die Kohärenz von Strategien und Initiativen mit den Entwicklungszielen auf der Grundlage weiter gehender Verpflichtungen, die auf beiden Seiten eingegangen würden, verbessert werden könnte.
54. Afrika und die EU erkennen im Hinblick auf die Gewährleistung von Kohärenz und Komplementarität mit den Arbeiten anderer internationaler Akteure, einschließlich der neuen Partner, an, dass sie ihre Zusammenarbeit mit Dritten durch einen verstärkten Dreiparteiendialog ausbauen müssen. Ebenso würdigen beide Parteien die Bedeutung der dreiseitigen Zusammenarbeit für die Entwicklung beider Kontinente³.

³ Im Kontext dieser Gemeinsamen Strategie bezieht sich die dreiseitige Zusammenarbeit auf die Umsetzung eines Projekts für die Entwicklung eines afrikanischen Landes mit technischer Beteiligung eines anderen afrikanischen Landes und mit finanzieller und/oder anderweitiger Beteiligung der EU-Seite oder umgekehrt.

Menschliche und soziale Entwicklung

55. Beschäftigungsfragen, insbesondere der Sozialschutz, der Mangel an Beschäftigungsmöglichkeiten und die Förderung menschenwürdiger Arbeit in Afrika, werden gemeinsam behandelt, wobei an erster Stelle die Schaffung produktiver Arbeitsplätze in der formellen Wirtschaft, die Verbesserung der schlechten Lebens- und Arbeitsbedingungen im Einklang mit der VN-Agenda für menschenwürdige Arbeit und die Integration der informellen Wirtschaft in die formelle Wirtschaft zu stehen haben. Investitionen in die Entwicklung der Privatwirtschaft werden gefördert werden, und zwar insbesondere im Hinblick auf Jugendliche und Frauen. Der Dienstleistungssektor wird weiter ausgebaut werden, da dies der Bereich ist, in dem Frauen und Jugendliche am stärksten einbezogen sind. Afrika und die EU werden dafür sorgen, dass Technologie der Beschäftigung zugute kommt und dass durch Infrastrukturarbeiten Arbeitsplätze für qualifizierte wie auch nicht qualifizierte Afrikaner geschaffen werden. Zudem wird der Schaffung von Arbeitsplätzen durch Mikrokredite Beachtung geschenkt. Da im Allgemeinen benachteiligte Gruppen oft großen Nutzen aus solchen Mikrokrediten ziehen, sollte diese Möglichkeit aktiv weiter verfolgt werden.
56. Afrika und die EU werden die Rechte der Kinder sowie die Mitgestaltung durch die europäische und afrikanische Jugend fördern. Besondere Bemühungen werden dem Beistand für Jugendliche und Kinder in und nach Konflikten gelten. All diese Maßnahmen werden von einer vorhersehbaren langfristigen Finanzierung getragen.
57. Die Partner betonen außerdem, dass nicht nur die allgemeine Grundbildung, sondern die gesamten Bildungssysteme auf allen Ebenen dringend gestärkt werden müssen. Afrika und die EU werden gemeinsam daran arbeiten, eine langfristige zuverlässige Finanzierung für nationale Bildungspläne zu gewährleisten, um so mit dafür zu sorgen, dass jeder eine hochwertige Bildung erhält und dass alle Mädchen und Jungen die Schule besuchen und abschließen, u. a. durch die Fast-Track-Initiative "Bildung für alle" und die Umsetzung des Aktionsplans für das zweite Bildungsjahrzehnt für Afrika. Besonderes Augenmerk sollte auf die Einbeziehung von schwer erreichbaren Kindern sowie von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen gerichtet werden.
58. Die Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften ist eine Priorität auf allen Bildungsebenen. Afrika und die EU werden daher die Einstellung, den Verbleib und die Ausbildung von Lehrpersonal sowie die allgemeine Aufwertung der Lehrberufe unterstützen. Eine weitere Priorität besteht darin, dafür zu sorgen, dass mit der Bildung auch Arbeitsplätze korrespondieren und dass die Ausbildung stärker an den Bedürfnissen der Wirtschaft ausgerichtet wird. Die technische Berufsausbildung, Fortbildung und Schulung unter Einbeziehung der produktiven Sektoren werden durch die Partnerschaft ebenfalls gefördert.

59. Aufbauend auf der Erklärung von Addis Abeba von 2007 zu Wissenschaft, Technologie und Forschung im Dienste der Entwicklung werden Afrika und die EU ihre Zusammenarbeit in diesen Bereichen verstärken. Dabei wird auch den Raumfahrttechnologien, -anwendungen und -wissenschaften Beachtung geschenkt.
60. Im Bereich des Gesundheitswesens werden Afrika und die EU integrierte Strategien, einschließlich der Stärkung der nationalen Gesundheitssysteme auf allen Ebenen, durch angemessene Finanzierung, Personalressourcen und Ausstattung fördern. Um die Kapazitäten des Gesundheitssystems auszubauen, werden sich die Partner ferner gemeinsam der Migration des medizinischen Fachpersonals, die in einigen afrikanischen Ländern ein großes Problem ist, sowie der Schaffung oder Verstärkung sozialer Schutzsysteme annehmen. Es werden Bemühungen im Einklang mit der afrikanischen Gesundheitsstrategie, dem EU-Projekt zu Humanressourcen für das Gesundheitswesen, der Verpflichtung von Abuja (15 % Finanzierung für das Gesundheitswesen) und dem europäischen Aktionsprogramm zur Bekämpfung des Mangels an medizinischem Fachpersonal in Entwicklungsländern unternommen. Die Bemühungen, allen Menschen bis 2010 Zugang zu grundlegender Gesundheitsversorgung und zu Vorbeugung, Behandlung, Pflege und Unterstützung bei HIV/AIDS, Tuberkulose und Malaria zu verschaffen, werden ebenso intensiviert wie die Zusammenarbeit in Bezug auf andere Pandemien sowie in Fragen im Zusammenhang mit Meningitis, und zwar mit besonderem Schwerpunkt auf Frauen, Kindern und Jugendlichen, älteren und behinderten Menschen sowie Angehörigen benachteiligter Gruppen.
61. Die Beteiligung der Privatwirtschaft an der Entwicklung und Finanzierung des Gesundheitswesens, u. a. durch öffentlich-private Partnerschaften, sollte gefördert werden und die Herstellung von generischen Arzneimitteln und der Zugang zu diesen sollten verstärkt werden. Afrika und die EU werden außerdem die Forschung weiter fördern, insbesondere die Erforschung von Impfstoffen und neuen Arzneimitteln für die bekanntesten und auch vernachlässigte Krankheiten sowie die Forschung zu wasserbürtigen Krankheiten und zur klinischen Wirksamkeit traditioneller Heilmittel. Die Partner werden auch auf die wirksame Umsetzung internationaler Gesundheitsübereinkommen und -regelungen hinwirken. Daneben sollten Fragen von gemeinsamem Interesse wie Drogenmissbrauch sowie die Notfallvorsorge und Notfallmaßnahmen angegangen werden. Besonderes Augenmerk wird auf die Bekämpfung der Unterernährung in Afrika im Einklang mit der regionalen Ernährungsstrategie Afrikas gelegt werden.

62. Die sexuelle und reproduktive Gesundheit und die damit verbundenen Rechte werden im Rahmen der Aktionspläne zu dieser Gemeinsamen Strategie mit dem Ziel gefördert, bis 2015 den allgemeinen Zugang zu Diensten im Bereich der reproduktiven Gesundheit sicherzustellen und die Krankheits- und Sterblichkeitsziffer von Neugeborenen, Kleinkindern und Müttern zu verringern, wie es von der Internationalen Konferenz für Bevölkerung und Entwicklung (ICPD) und im Aktionsplan von Maputo gefordert wird.

Gleichstellung der Geschlechter

63. Afrika und die EU werden auch das interinstitutionelle Gefüge ihrer Verwaltungen stärken, um die Geschlechterperspektive in alle Strategien, Politikbereiche, Programme und Maßnahmen einzubeziehen. Sie werden die gesamte Palette der Rechte der Frauen behandeln und ihre Bemühungen zur Beseitigung von Analphabetismus und zur Gewährleistung gleichberechtigter Bildungschancen für Mädchen, zur Bekämpfung der Feminisierung der Armut, zur Förderung von Frauen in Entscheidungspositionen und in Friedensprozessen und zur Bekämpfung von sexueller und geschlechterbezogener Gewalt gegen Frauen und früher Zwangsheirat verstärken und auf die Abschaffung der Genitalverstümmelung von Frauen und anderer schädlicher traditioneller Praktiken hinarbeiten, wie es von der Aktionsplattform von Beijing und in der feierlichen Erklärung der AU über die Gleichstellung der Geschlechter gefordert wird.

Nachhaltigkeit der Umwelt und Klimawandel

64. Afrika und die EU haben ein deutliches gemeinsames Interesse daran, sich mit ökologischer Nachhaltigkeit und dem Klimawandel zu befassen. Umweltzerstörung und Klimawandel untergraben die nachhaltige Entwicklung und gefährden die Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele. Der Klimawandel betrifft alle Länder, wird aber am schnellsten und stärksten in den ärmsten und am stärksten gefährdeten Ländern zu spüren sein, die nicht über die Mittel und Ressourcen verfügen, um sich an den Wandel in ihrer natürlichen Umwelt anzupassen. Afrika wird besonders betroffen sein, was die Ernährungssicherheit, die Wasserbewirtschaftung und extreme Wetterphänomene wie Trockenheit, Überschwemmungen und Wirbelstürme anbelangt.

65. Zwischen der Zusammenarbeit EU-Afrika auf diesem Gebiet und dem Wirtschaftswachstum, der Schaffung von Arbeitsplätzen, der sozialen Stabilität und dem Aufbau von Kapazitäten für die Anpassung an die negativen Auswirkungen des Klimawandels und deren Begrenzung wird es einen positiven Zusammenhang geben. Die Zusammenarbeit wird eine Vielzahl miteinander verknüpfter Bereiche und Fragen zum Gegenstand haben, darunter Ernährungssicherheit, nachhaltige Landwirtschaft und Flächennutzungssteuerung sowie Fragen wie Bodenverarmung, Wüstenbildung, Erhaltung der biologischen Vielfalt und biologische Sicherheit, einschließlich GVO, Verhinderung von Giftmüllablagerung, umweltfreundliche Abfallbewirtschaftung, nachhaltige Nutzung und Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen einschließlich Wäldern, Fischbeständen und integrierter Wasserbewirtschaftung, Wetterbeobachtung und Frühwarnsysteme zur Verbesserung des Katastrophenrisikomanagements.
66. Afrika und die EU werden ferner im Hinblick auf eine wirksame Antwort auf und Anpassung an den Klimawandel und andere weltweite Umweltherausforderungen auf globaler Ebene und in internationalen Gremien zusammenarbeiten. In diesem Zusammenhang ist die Einhaltung der VN-Übereinkommen und anderer internationaler Übereinkünfte von zentraler Bedeutung; Afrika und die EU werden diesbezüglich - im Anschluss an die Klimakonferenz von Bali im Dezember 2007 - gemeinsam an einer ehrgeizigen Klima-Rahmenvereinbarung für die Zeit nach 2012 arbeiten. Die EU wird darüber hinaus die Bemühungen Afrikas zum Aufbau von Kapazitäten für die nachhaltige Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen unterstützen, so auch in den Bereichen Wetterbeobachtung und Frühwarnsysteme, sowie zur Bekämpfung des illegalen Holzeinschlags und des illegalen Holzhandels beitragen. Dazu sollten Afrika und die EU die bestehenden Kooperationsmechanismen und -programme, die den Einsatz von Raumfahrttechnologien und Weltraumsystemen betreffen, stärken.
67. Auf globaler Ebene wird sich die EU für eine bessere geografische Verteilung von Projekten im Rahmen des Mechanismus für umweltverträgliche Entwicklung einsetzen und Afrika dabei helfen, vom „globalen Kohlenstoffmarkt“ (Handel mit Emissionsrechten) zu profitieren.

Migration und Entwicklung

68. Migration und Mobilität sind mit der Geschichte der Menschheitsentwicklung verwoben und sollten als überwiegend positive Erscheinungen behandelt werden. Vor diesem Hintergrund werden Afrika und die EU Strategien und Programme verfolgen bzw. durchführen, die sich mit allen relevanten Aspekten der Migration einschließlich zirkulärer Migration befassen. Diese Bemühungen werden auf die Förderung und ein besseres Management der legalen Migration und der Mobilität im Hinblick auf die Unterstützung der sozioökonomischen Entwicklung der Herkunfts- und der Zielländer abzielen.

69. Afrika und die EU werden daran arbeiten, ihren offenen und konstruktiven Dialog zu vertiefen, indem sie sich um die Umsetzung der auf der Ministerkonferenz über Migration und Entwicklung im November 2006 in Tripolis angenommenen Erklärung und der laufenden regionalen Prozesse bemühen, die eine umfassende Agenda für gemeinsames Handeln im Bereich Migration und Entwicklung bieten. Die Partner werden sich der Zusammenhänge zwischen Migration und Entwicklung annehmen, die Auswirkungen von Heimatüberweisungen auf die Entwicklung maximieren, die Einbeziehung von ausländischen Gemeinschaften/Migrationsgemeinschaften in die Entwicklungsprozesse erleichtern, den Schutz der Menschenrechte von Migranten fördern, Asylbewerber und Flüchtlinge unterstützen und schützen und den Herkunfts-, Transit- und Bestimmungsländern in Afrika helfen, Kapazitäten für ein besseres Migrationsmanagement aufzubauen.
70. Afrika und die EU werden sich auch gemeinsam mit den negativen Seiten der Migration befassen. Dazu gehört die gemeinsame Bekämpfung der illegalen Zuwanderung – bei der die Zusammenarbeit intensiviert werden muss, u. a. durch Kooperation bei der Rückführung und Rückübernahme von Migranten im Kontext der Erklärung von Tripolis und einschlägiger internationaler Übereinkommen sowie bei Grenzkontrollen und der Bekämpfung des Menschenhandels. Dabei werden sie aktiv für die Durchführung des EU-Afrika-Aktionsplans zur Bekämpfung des Menschenhandels, insbesondere des Handels mit Frauen und Kindern, sorgen. Die Partner werden ferner auf die Achtung der Grundsätze und Bestimmungen der OAU-Konvention über bestimmte Aspekte von Flüchtlingsproblemen in Afrika und der Genfer Flüchtlingskonvention hinwirken. Afrika und die EU werden der Abwanderung von Fachkräften in kritischen Bereichen wie Gesundheit und Bildung besondere Beachtung schenken.
71. Beide Seiten verpflichten sich, dafür zu sorgen, dass Finanzmittel in angemessener Höhe für die wirksame Durchführung der in der Erklärung von Tripolis dargelegten Maßnahmen bereitgestellt werden.

72. Im Bereich der Landwirtschaft werden Afrika und die EU die Kohärenz von Entwicklungs- politik, Ernährungssicherheit und Lebensmittelqualität vorantreiben, Landwirtschafts- und Berufsverbände stärken, die Entwicklungsprozesse für politische Maßnahmen und Strategien verbessern, in- und ausländische Investitionen steigern, die Diversifizierung in ländlichen Gebieten fördern, die Überwachungs- und Kontrollsysteme für Tierseuchen verstärken, u.a. durch die Bekämpfung der Vogelgrippe, Risikomanagement und Frühwarnsysteme begünstigen, die Kapazität in Bezug auf regionale und internationale Handels- sowie Tiergesundheits- und Pflanzenschutzstandards stärken, institutionelle Reformen vorantreiben, die entwicklungsbezogene Agrarforschung stärken und die Möglichkeiten, die sich durch die Fortschritte der Biotechnologie ergeben, bestmöglich nutzen.
73. Eine neue EU-AU-Partnerschaft für den Bereich der landwirtschaftlichen Entwicklung wird die Landwirtschaftsagenda Afrikas, wie sie im umfassenden Agrarentwicklungsprogramm für Afrika (CAADP) enthalten ist, unterstützen. Unter anderem wird in diesem Zusammenhang der Schwerpunkt auf eine verbesserte Lenkung der Landwirtschaft gelegt und der Kapazitätsaufbau auf der Seite öffentlicher und privater Organisationen in Afrika, die im Bereich der Landwirtschaft tätig sind, insbesondere auf regionaler und gesamtafrikanischer Ebene gefördert. Außerdem gehört dazu ein starkes Engagement bei der Agenda Afrikas für entwicklungsbezogene Agrarforschung, die vom Forum für Agrarforschung in Afrika (FARA) koordiniert wird.
74. Die afrikanischen Fischereiressourcen sowohl in den Küsten- als auch in den Binnen- gewässern sind ein lebenswichtiges natürliches Kapital und eine potenzielle Quelle für Reichtum; sie können entscheidend und nachhaltig zu Wirtschaftswachstum und Armutsbekämpfung beitragen. Wie im Bereich der Landwirtschaft werden Afrika und die EU auch hier die politische Kohärenz im Interesse der Entwicklung verbessern, insbesondere in Bezug auf die Vereinbarungen über den Zugang zu den Fischereiressourcen, den Handel und die Kontrolle illegaler, nicht regulierter oder nicht gemeldeter Fischereitätigkeiten, insbesondere im Rahmen der Fischerei-Partnerschaftsabkommen (FPA). Afrika und die EU werden ferner bei der Schaffung von institutionellen und ordnungspolitischen Rahmenbedingungen zusammenarbeiten, um die Erhaltung sowie die nachhaltige und bestmögliche Nutzung dieser wertvollen Ressource zu fördern.

75. Die Vernetzung der afrikanischen Infrastruktur auf allen Ebenen im Einklang mit den Prioritäten der AU/NEPAD wird weiter gefördert. Dabei werden beide Seiten den Rahmen der Infrastrukturpartnerschaft EU-Afrika und des Treuhandfonds von 2006 sowie des panafrikanischen Infrastrukturentwicklungsfonds nutzen und darauf aufbauen, in denen eine Strategie für die Gewährleistung der Vernetzung für den gesamten Kontinent und seine verschiedenen Regionen und zur Lösung des Problems der Infrastrukturdienstleistungen vorgegeben wurde. Gemäß den im Rahmen der Infrastrukturpartnerschaft ermittelten Prioritäten werden die folgenden Ziele verfolgt:
76. Was den Verkehr betrifft, so werden Afrika und die EU sich um den Ausbau der Verbundnetze bemühen, indem sie in die Infrastruktur entlang der transafrikanischen Straßenverkehrskorridore und der damit verbundenen regionalen Straßen- und Schienennetze investieren und diese verbessern. Die Partner werden sich ferner auf die Erhöhung der Effizienz in den Häfen und auf flankierende Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit und der Gefahrenabwehr im Luft- und Seeverkehr konzentrieren. Die Partnerschaft wird auch mittels Beseitigung immaterieller Schranken für den freien Verkehr von Waren, Dienstleistungen und Menschen durch eine konsequentere Umsetzung der regionalen Protokolle zu einer Verbesserung der Verkehrsdienstleistungen beitragen.
77. In Bezug auf Wasser erkennen Afrika und die EU an, dass die Investitionen in regionale Wasserversorgungsinfrastruktur erhöht werden müssen, damit Wasser umfassend zur nationalen Entwicklung und lokalen Lebensgrundlage beitragen kann.
78. Was den Energiesektor betrifft, so erkennen beide Seiten an, dass der Ausbau der regionalen und kontinentalen Verbundnetze notwendig ist, um die Zuverlässigkeit und Effizienz der Energiesysteme zu verbessern. Die Partner werden sich somit um eine Verbesserung der Energieinfrastruktur bemühen, insbesondere im Hinblick auf den Elektrizitätsverbund, um Vereinbarungen über gemeinsame Standards und Regulierungsverfahren sowie um die Beseitigung immaterieller Schranken für grenzüberschreitende Energielieferungen.

Wasser und sanitäre Versorgung

79. Die Bewirtschaftung der Wasserressourcen und der Zugang zu einer sicheren Wasserversorgung und sanitären Grundversorgung sind entscheidende Faktoren sowohl für Wirtschaftswachstum und Armutsbekämpfung als auch für die Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele. Afrika und die EU werden daher zusammenarbeiten, um die bestehende EU-Afrika-Partnerschaft zu den Bereichen Wasser und sanitäre Versorgung mit dem übergeordneten Ziel weiterzuentwickeln, die Grundbedürfnisse bezüglich Wasser und sanitärer Versorgung zu decken und zu einer besseren Bewirtschaftung der Wasserressourcen auf lokaler Ebene, auf Ebene der Einzugsgebiete sowie auf nationaler und auf grenzüberschreitender Ebene beizutragen.
80. Außerdem werden Afrika und die EU ihre gemeinsamen Bemühungen zur Bewältigung der Herausforderungen der Wassersicherheit und des Klimawandels, des dauerhaften Zugangs zu sicherer und erschwinglicher Wasserversorgung, der Hygieneregeln und der sanitären Versorgung verstärken. In diesem Kontext werden Afrika und die EU danach streben, mehr Investitionen für Wasserversorgungsstrukturen in Afrika zu gewinnen. Ferner werden sie die Beteiligung anderer internationaler Partner am Dialog über die nachhaltige Nutzung der afrikanischen Wasserressourcen fördern.

Energie

81. Beide Seiten erkennen an, dass Afrika und die EU angesichts der weltweit bestehenden Energieprobleme Fragen der nachhaltigen Energie in ihren beiderseitigen Beziehungen noch stärker in den Mittelpunkt stellen müssen. Sie werden daher danach streben, die Zusammenarbeit und die Solidarität im Hinblick auf die nachhaltige Bewirtschaftung ihrer Energieressourcen zu verstärken und den Zugang zu Energie, die Sicherheit und die Versorgungssicherheit im Energiesektor sowie die regionale Zusammenarbeit weiterhin zu fördern.
82. Dazu sind die Partner übereingekommen, die EU-Afrika-Energiepartnerschaft einzurichten, die sich der gemeinsamen Probleme wie die Sicherheit und Diversifizierung der Energieversorgung, den Zugang zu erschwinglichen, umweltverträglichen und effizienten Energiedienstleistungen, neue und erneuerbare Energieträger und den Klimawandel annehmen wird. Die Partner werden sich ferner bemühen, Kapazitäten aufzubauen, mehr Investitionen für Energieinfrastrukturen in Afrika zu mobilisieren - u. a. durch die bestehende EU-Energiefazilität und andere Finanzinstrumente - und neue Geldgeber in den Dialog über die Entwicklung des Sektors für nachhaltige Energie in Afrika einzubeziehen.

83. Afrika und die EU werden auch Mittel und Wege prüfen, um einen Dialog über die friedliche Nutzung der Kernenergie im Rahmen der einschlägigen Bestimmungen der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) und des Nichtverbreitungsvertrags (NVV) sowie im Einklang mit den internationalen Sicherheitsnormen und -vorschriften einzuleiten.

Entwicklung von wissensbasierten Gesellschaften

84. Afrika und die EU werden ihre Zusammenarbeit beim Aufbau von wissensbasierten Gesellschaften und Volkswirtschaften verstärken. Beide Seiten erkennen an, dass der Ausbau von Wissenschaft und Technologie sowie Innovation eine der entscheidenden Triebkräfte für sozioökonomisches Wachstum und nachhaltige Entwicklung in Afrika ist, dass die Wettbewerbsfähigkeit in der globalen Wirtschaft zunehmend von Wissen und der innovativen Anwendung moderner Technologien, insbesondere der Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT), abhängt, und dass die Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele besondere globale Anstrengungen zum Aufbau wissenschaftlicher und technologischer Kapazitäten in Afrika voraussetzt. Daher sind Partnerschaften und Investitionen, die den Zugang zu IKT-Infrastrukturen, den Zugang zu hochwertiger Bildung und die Entwicklung von Wissenschaft und Technologie sowie Innovationssystemen in Afrika fördern, entscheidend für die Verwirklichung aller anderen Entwicklungsziele.
85. Afrika und die EU werden ihre Zusammenarbeit und Unterstützung im Hinblick auf die Überwindung der digitalen Kluft verstärken und die Entwicklung einer integrativen wissensbasierten Wirtschaft fördern, u.a. durch die Umsetzung der Ergebnisse des Weltgipfels über die Informationsgesellschaft und die einschlägigen Programme der AU/NEPAD.
86. Speziell auf dem Gebiet der IKT werden die Afrika und die EU darauf abzielen, die digitale Kluft, die den Zugang zu modernen Telefon- und Internetdiensten einschränkt, zu überbrücken. Sie werden dabei auch die Harmonisierung des strategischen und des regulatorischen Rahmens sowie Investitionen in Breitband-Infrastruktur und Unterstützung für nicht-kommerzielle elektronische Dienstleistungen behandeln.

87. Parallel dazu werden ähnliche Anstrengungen zur Überwindung der Wissenschaftskluft und zur Stärkung der Forschungskapazitäten Afrikas unternommen werden. Die mangelnde technische Kapazität Afrikas wird durch die Einrichtung spezialisierter Netze in Regionen und Subregionen aufgerüstet; diese Netze müssen sich auf festgelegte Prioritäten konzentrieren, damit sie das Wirtschaftswachstum und die nachhaltige Entwicklung auf dem afrikanischen Kontinent unterstützen. Afrika und die EU werden diesbezüglich den Ausbau der Verbindungen zwischen afrikanischen regionalen und subregionalen Partnerschaften einerseits und europäischen Partnern andererseits fördern, um dazu beizutragen, dass die etablierten Exzellenzzentren und -netze langfristig ihre Wirkung entfalten können.

Zusammenarbeit im kulturellen Bereich

88. Eine stärkere politische Partnerschaft zwischen Afrika und der EU sollte durch eine genauso starke Partnerschaft für die kulturelle Zusammenarbeit unterstützt werden. Alle Formen der Kultur, einschließlich Kunst, Vielsprachigkeit und Sport, sollten dabei berücksichtigt werden.
89. Afrika und die EU werden daher einen echten Dialog und Zusammenarbeit im Kulturbereich eingehen, den Kulturaustausch sowie Partnerschaftsvereinbarungen fördern und den Aufbau von Kapazitäten unterstützen und technische Hilfe bei Schutz, Erhaltung und Erschließung von Kulturgütern und Kulturstätten in Europa und Afrika leisten. Diese Bemühungen werden den Schutz von Welterbestätten in Afrika sowie die Vielfalt der Kulturformen im Rahmen der einschlägigen UNESCO-Konventionen stärken. Beide Seiten werden diesbezüglich eine Bestandsaufnahme der laufenden Zusammenarbeit zu Fragen der Kulturgüter einleiten, damit mögliche Bereiche einer weiterführenden Kooperation ermittelt werden können. Darüber hinaus werden Afrika und die EU und – im Kontext ihrer Entwicklungszusammenarbeit – die lokale Kultur umfassend berücksichtigen und zu einem verstärkten Zugang der Menschen zu Kultur und zu Formen des kulturellen Ausdrucks beitragen.

90. Afrika und die EU halten es für notwendig, besser miteinander zu kommunizieren und die sozialen und kulturellen Werte der europäischen und afrikanischen Völker besser darzustellen.
91. Diesbezüglich werden sich die Partner auch bemühen, ein zutreffenderes Bild voneinander zu vermitteln und Klischees, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus zu bekämpfen, und zwar durch einen besseren Austausch und verstärkte Kontakte zwischen nichtstaatlichen Akteuren, darunter Gewerkschaften, Berufsverbände, die Privatwirtschaft, Medien, Schulen, Hochschulen, Kultur- und Forschungseinrichtungen und Sportvereine, und indem u.a. Partnerschaften zwischen vergleichbaren Organisationen der Zivilgesellschaft unterstützt werden.

V. INSTITUTIONELLE STRUKTUR UND UMSETZUNG

1. Institutionelle Struktur und Akteure

92. Afrika und die EU werden ihre neue strategische Partnerschaft mittels einer institutionellen Struktur umsetzen, die einen intensiven Austausch und Dialog zu allen Fragen von gemeinsamem Interesse ermöglicht und fördert.
93. An der Partnerschaft wird eine Vielzahl von institutionellen und nichtinstitutionellen Akteuren in Afrika und der EU auf kontinentaler, regionaler, nationaler und lokaler Ebene beteiligt sein, wobei die AU und die EU eine zentrale Rolle übernehmen werden. Die Partner werden daher der Rolle ihrer kontinentalen Organisationen im Hinblick auf die Erleichterung der Partnerschaft einen höheren Stellenwert einräumen und sie beauftragen, u.a. im Rahmen eines regelmäßigeren Dialogs zwischen den entsprechenden Institutionen von AU und EU eng an Vorbereitung und Folgemaßnahmen von Entscheidungen und Treffen zusammenzuarbeiten. Dabei werden diese Treffen auf politischer Ebene, insbesondere auf Ebene der hohen Beamten, der Minister und der Staats- und Regierungschefs, häufiger stattfinden müssen, damit die Ziele der Gemeinsamen Strategie vorangebracht werden können.
94. Es ist anzumerken, dass die afrikanischen und die EU-Staaten auch eine gemeinsame Verantwortung für diese strategische Partnerschaft und die tatsächliche Durchführung der in der Gemeinsamen Strategie genannten politischen Maßnahmen und Aktionen tragen.

Regelmäßige Gipfeltreffen EU-Afrika

95. In der Zukunft – beginnend mit dem Gipfel in Lissabon – werden alle drei Jahre Treffen der Staats- und Regierungschefs abwechselnd in Afrika und in der EU abgehalten werden. Auf diesen Gipfeltreffen, die die Bedeutung widerspiegeln, die beide Seiten ihrer Beziehung beimessen, wird eine Bestandsaufnahme der bei der Umsetzung der Verpflichtungen erzielten Fortschritte und werden – u. a. durch die Billigung von Aktionsplänen – politische Weichenstellungen für das weitere Vorgehen vorgenommen. Die Gipfeltreffen sollten auf Ministerebene vorbereitet werden.
96. Für die politische Dynamik und Profilierung der neuen Partnerschaft sind ferner politisches Engagement und Verpflichtungen der politischen Führungskräfte Afrikas und der EU in der Zeit zwischen den Gipfeltreffen erforderlich. Zu diesem Zweck werden die Präsidenten des Rates der EU und der AU, des Europäischen und des Panafricanischen Parlaments sowie der EU- und der AU-Kommission zwischen den Gipfeltreffen regelmäßig und abwechselnd in Afrika und der EU mit ihren institutionellen Pendants zusammenkommen, um die Fortschritte zu prüfen und politische Leitlinien für die Partnerschaft zu erarbeiten.

AU und EU: Verschiedene Ebenen des Zusammenwirkens

97. In diesem Zusammenhang erkennen die Partner an, dass die Verteilung der Rollen und Verantwortlichkeiten zwischen der gesamtafrikanischen, der subregionalen, der nationalen und der lokalen Ebene sowie zwischen den verschiedenen Akteuren auf EU-Seite genauer definiert werden muss und dass Kohärenz und Komplementarität mit anderen internationalen Akteuren gewährleistet sein müssen.
98. Die Afrikanische Union hat sich zu einem natürlichen Gesprächspartner der EU bei kontinentalen Fragen und zum wichtigsten institutionellen Partner der EU entwickelt. Daher wird auf afrikanischer Seite die AU im Zentrum der durch die Gemeinsame Strategie geförderten institutionellen Struktur stehen. Dazu bedarf es starker Institutionen, die vor allem in ihre Kapazität zum wirksamen Handeln und zur gegenseitigen Interaktion investieren. Die EU wird daher die erforderlichen Mittel bereitstellen und ihre Organisationsstrukturen darauf abstimmen. Die Eröffnung einer EU-Vertretung bei der AU in Addis Abeba wird dabei einen wichtigen Schritt darstellen. Gleichzeitig wird die AU ihre Vertretung in Brüssel weiter ausbauen. Darüber hinaus wird die EU der AU weiterhin bei dem laufenden Prozess der institutionellen Umwandlung helfen sowie den Ausbau der institutionellen Fähigkeit der AU zur Interaktion mit der EU und anderen internationalen Partnern unterstützen.

99. Eine besondere Herausforderung ist es, den institutionellen Rahmen für die regionale Integration und eine entsprechende Verknüpfung mit den Zusammenschlüssen in Verbindung mit den Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zu vereinfachen. Regionale Wirtschaftsgemeinschaften sind für die Agenda der wirtschaftlichen und politischen Integration des Kontinents wichtig und sollten weiterhin für die EU in Afrika Schlüsselpartner sein. Die EU und die AU werden sich darum bemühen, die regionalen Wirtschaftsgemeinschaften und die subregionalen Organisationen in die derzeitige institutionelle Struktur zu integrieren und Überschneidungen und miteinander konkurrierende Mandate der betreffenden Stellen zu minimieren. In diesem Kontext ist die Zusammensetzung der Zusammenschlüsse in Verbindung mit den Wirtschaftspartnerschaftsabkommen von besonderer Bedeutung.

Afrika-EU-Troika

100. Zwischen den Gipfeltreffen sollte der Dialog zwischen Afrika und der EU durch regelmäßige Treffen auf Ebene hochrangiger Beamter und der Minister aufrechterhalten werden. Um eine wirksame und ausgewogene Vertretung beider Unionen zu gewährleisten, werden diese Treffen weiterhin im Troika-Format stattfinden, mit einer kleineren Anzahl von Vertretern für jede Seite, die bevollmächtigt sind, jeweils für Afrika bzw. die EU das Wort zu ergreifen. Auf EU-Seite besteht die Troika aus dem aktuellen und künftigen EU-Vorsitz, der Europäischen Kommission und dem Sekretariat des Rates der EU; auf afrikanischer Seite besteht sie aus den aktuellen und künftigen Vorsitzenden der AU und der Kommission der AU, erweitert um federführende Länder mit Vertretern auf Ebene von Experten und hochrangigen Beamten.
101. Die zweimal jährlich stattfindenden Treffen der Ministertroika Afrika-EU werden eine zentrale Rolle bei der Prüfung und Überwachung der Umsetzung der Gemeinsamen Strategie und ihrer jeweiligen Aktionspläne spielen.
102. Afrika und die EU werden weiterhin zweimal jährlich abwechselnd in Afrika und der EU Außenministertreffen der Afrika-EU-Troika abhalten; daneben werden sie ihren Dialog nach Bedarf durch zusätzliche Treffen der Fachminister verstärken.

Dialog von Kommission zu Kommission und gemeinsame Task Force EU-AU

103. Die beiden Kommission werden eine zentrale Rolle als treibende Kraft für die Partnerschaft spielen. Sie werden ihre Zusammenarbeit – zusammen mit dem Sekretariat des Rates der EU – weiterführen und ausbauen. Die bestehende gemeinsame Task Force EU-AU wird gestärkt, um einen ständigen Dialog auf Arbeitsebene, Interaktion und gemeinsame Projekte der verschiedenen Institutionen zu ermöglichen; sie wird ferner weiterhin regelmäßig zusammenkommen, um die Agenda der strategischen Partnerschaft voranzubringen. Die Kollegien der EU- und AU-Kommission werden einmal jährlich zusammenkommen, um politische Leitlinien und Ansätze für die Arbeit der gemeinsamen Task Force EU-AU vorzugeben.

Parlamente und andere repräsentative Institutionen

104. Diese institutionelle Struktur wird auch die formelle Struktur des Dialogs zwischen den Institutionen stärken, die die Bevölkerung der beiden Kontinente repräsentieren, nämlich zwischen dem Europäischen Parlament, dem Panafrikanischen Parlament und den AU-Rat für Wirtschaft, Soziales und Kultur (ECOSOCC). Das Panafrikanische Parlament und der ECOSOCC – beide Teil der institutionellen Struktur der AU – sind viel versprechende und legitime Stimmen für demokratische Staatsführung in Afrika und verdient die Unterstützung aller Akteure der Partnerschaft Afrika-EU.
105. Auch die Zusammenarbeit zwischen den sozioökonomischen Partnern beider Seiten wird verbessert werden, insbesondere durch den Dialog zwischen dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und dem ECOSOCC der AU. Diese Dialoge werden den institutionellen Troika-Dialog EU-AU ergänzen und/oder einen Beitrag dazu leisten. Ferner wird die Einrichtung von Mechanismen für einen Austausch zwischen Handlungsträgern der EU-Seite geprüft werden, damit ein Höchstmaß an Koordination, Kohärenz und Schlüssigkeit der politischen Maßnahmen und Konzepte der EU erreicht wird.

Zivilgesellschaft

106. Die Partner sind außerdem der Auffassung, dass die Gemeinsame Strategie von europäischen und afrikanischen nichtinstitutionellen Akteuren mitgetragen werden sollte und dass diese Akteure eine wichtige Rolle bei der Verwirklichung der Ziele der Partnerschaft spielen können.

107. Im Hinblick auf eine Partnerschaft, bei der die Menschen im Mittelpunkt stehen, ist für die Zivilgesellschaft und andere nichtstaatliche Akteure ein geeigneter und herausragender Platz in der institutionellen Partnerschaft zu schaffen. Afrika und die EU werden daher die Entwicklung einer dynamischen und unabhängigen Zivilgesellschaft und eines systematischen Dialogs zwischen der Zivilgesellschaft und den öffentlichen Stellen auf allen Ebenen weiter fördern.
108. Zusätzlich werden beide Seiten der wirksamen Kommunikation mit nicht-institutionellen Akteuren Vorrang einräumen und ihre Kapazität zur Verbreitung von Informationen verstärken, Ideen und Vorschläge von den Partnern aus der Zivilgesellschaft einholen und nutzen sowie die aktive Einbeziehung nicht-institutioneller Akteure in die Umsetzung und Überwachung der Gemeinsamen Strategie und ihrer Aktionspläne fördern. Die EU- und AU-Mitgliedstaaten sowie die subregionalen Organisationen und Institutionen werden dabei eine zentrale Rolle spielen.
109. Um solche Kontakte zwischen den Menschen zu erleichtern, werden Afrika und die EU in relevanten Bereichen Partnerschaftsvereinbarungen fördern und ausweiten. Damit diese Vereinbarungen auch funktionieren, werden beide Seiten auf eine Erleichterung der Einreiseverfahren einschließlich Visumanforderungen für Menschen, die an Partnerschaften teilnehmen, hinarbeiten.
110. Die Gemeinsame Strategie sollte für den fortgesetzten Dialog mit Handlungsträgern in Afrika und der EU auch in den kommenden Jahren eine ständige Plattform sein. Parlamentarier, Organisationen der Zivilgesellschaft sowie europäische und afrikanische Forschungsinstitute und Denkfabriken werden an den Dialogmechanismen und Initiativen teilnehmen und eine entscheidende Rolle bei der Überwachung der Umsetzung der in der Gemeinsamen Strategie festgelegten afrikanischen, europäischen und gemeinsamen politischen Konzepte und Verpflichtungen spielen.

2. Umsetzungs- und Kontrollmechanismen

Aktionspläne

111. Die Gemeinsame Strategie, die einen übergreifenden langfristigen politischen Rahmen für die Beziehungen zwischen Afrika und der EU bietet, wird durch aufeinander folgende Aktionspläne umgesetzt, die auf den operativen Teil dieser Gemeinsamen Strategie gestützt sind und jeweils für drei Jahre vorgeschlagene vorrangige Maßnahmen betreffen. Der erste Aktionsplan wird in Lissabon angenommen werden und den Zeitraum bis zum nächsten Gipfeltreffen abdecken. Die Aktionspläne werden die wichtigsten politischen Prioritäten sowie die politischen Verpflichtungen, Programme und Maßnahmen benennen, die erforderlich sind, um den Prioritäten gerecht zu werden. Die Aktionspläne werden es den Staats- und Regierungschefs ermöglichen, regelmäßig Erfolg und Misserfolg der Umsetzung in zentralen Bereichen zu bewerten und, falls erforderlich, neue politische Impulse zu geben.

Finanzinstrumente

112. Beide Seiten werden eng zusammenarbeiten, um eine angemessene Finanzierung sicherzustellen und die Verfügbarkeit von Finanzierungsquellen zu verbessern, damit diese Gemeinsame Strategie und ihre aufeinander folgenden Aktionspläne ihre Wirkung erzielen können.
113. Die Umsetzung der Gemeinsamen Strategie und der in diesem Rahmen zu entwickelnden Initiativen wird im Verhältnis zu ihrer jeweiligen Tragweite und ihrer Relevanz für die betreffenden Ziele und Aktivitäten durch bestehende Finanzierungsinstrumente unterstützt, wie den Europäischen Entwicklungsfonds (EEF), das Finanzierungsinstrument für die Entwicklungszusammenarbeit (DCI), das Europäische Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument (ENPI), das Stabilitätsinstrument und die jeweiligen thematischen Programme sowie durch Finanzinstitute der EU, wie die Europäische Investitionsbank (EIB). Sofern möglich werden diese Instrumente durch weitere Beiträge der EU-Mitgliedstaaten ergänzt. Außerdem werden – sofern möglich – afrikanische Finanzierungsinstrumente und die AU-Mitgliedstaaten Beiträge zu diesem Prozess leisten, und gegebenenfalls wird eine Beteiligung afrikanischer Finanzinstitute wie der Afrikanischen Entwicklungsbank gewährleistet.

114. Damit die Instrumente dieses innovativen Rahmens für die Zusammenarbeit zwischen Afrika und der EU wirksam genutzt werden können und damit sie die Partner in die Lage versetzen können, die Ziele der strategischen Partnerschaft zu erreichen, muss die Komplementarität und Kohärenz dieser Instrumente gewährleistet werden. Dazu werden die Partner gemeinsam auf eine schrittweise Anpassung der einschlägigen politischen sowie rechtlichen und finanziellen Rahmenvorgaben sowie der einschlägigen Kooperationsinstrumente und -mechanismen an die Bedürfnisse und Zielsetzungen der Partnerschaft hinarbeiten. Afrika und die EU werden insbesondere zusammenarbeiten, um Synergien zwischen den bestehenden Kooperationsvereinbarungen zur Unterstützung der Partnerschaft zu schaffen, u.a. durch die schrittweise Einrichtung eines panafrikanischen Programms für finanzielle Unterstützung.

Überwachungs-, Evaluierungs- und Überprüfungsmechanismen

115. Die Gemeinsame Strategie ist langfristig angelegt; sie wird regelmäßig und nach Bedarf überprüft.
116. Die beiden Kommissionen und das Sekretariat des Rates der EU werden – jährlich und in Zusammenarbeit mit den AU- und EU-Vorsitzen – die Erstellung eines gemeinsamen Berichts über die Fortschritte bei der Umsetzung der Gemeinsamen Strategie Afrika-EU koordinieren, wobei sie sich auf die in den Aktionsplänen festgelegten politischen Maßnahmen und Aktionen konzentrieren und klare Indikatoren sowie konkrete Benchmarks und Zeitpläne zugrundelegen, um sicherzustellen, dass die Umsetzung planmäßig voranschreitet. Diese Berichte werden den Ministern bei den Treffen der Afrika-EU-Troika vorgelegt, die die Fortschritte überwacht und dafür Sorge trägt, dass die Umsetzung planmäßig voranschreitet. Alle drei Jahre werden diese Berichte den Staats- und Regierungschefs auf den abwechselnd in der EU und in Afrika stattfindenden Gipfeltreffen vorgelegt.
117. Parallel dazu werden das Europäische Parlament und das Panafrikanische Parlament ersucht, gemeinsame Anhörungen zu organisieren und politische Sachstandsberichte zu erstellen.
118. Schließlich werden Organisationen der Zivilgesellschaft in der EU, in Afrika und darüber hinaus ersucht, allgemeine und sektorbezogene Berichte zu erstellen, damit dieser Prozess von vielen Seiten mitgetragen wird und für Transparenz bei der Erfolgskontrolle gesorgt ist; die Schlussfolgerungen aus diesen Berichten werden in den von den beiden Kommissionen und das Ratssekretariat erstellten Sachstandsberichten berücksichtigt und der weiteren Umsetzung der Gemeinsamen Strategie zugrunde gelegt.

**ERSTER AKTIONSPLAN (2008 -2010)
FÜR DIE UMSETZUNG DER STRATEGISCHEN PARTNERSCHAFT AFRIKA-EU****Einleitung**

In der Gemeinsamen Strategie Afrika-EU werden strategische Prioritäten auf den Gebieten Frieden und Sicherheit, demokratische Staatsführung und Menschenrechte, Handel und regionale Integration sowie sonstige zentrale Entwicklungsfragen herausgestellt. Um die Verpflichtungen der Gemeinsamen Strategie einzuhalten, werden die EU und Afrika alle ermittelten Zielsetzungen zu allen strategischen Prioritäten angehen und voranbringen, um insgesamt die afrikanischen Länder bei ihren Bemühungen zu unterstützen, alle Millenniums-Entwicklungsziele bis 2015 zu erreichen.

Um jedoch frühzeitig Ergebnisse zu den zentralen Zielen der Erklärung von Lissabon zu erreichen, wird besonderes Augenmerk auf eine Reihe ausgewählter vorrangiger Maßnahmen im Anfangszeitraum 2008-2010 gerichtet, die sich allesamt positiv auf das tägliche Leben der Bürger Afrikas und Europas auswirken. Die Parteien kommen überein, diese ausgewählten vorrangigen Maßnahmen im Rahmen spezifischer "**Afrika-EU-Partnerschaften**" zu Themen von beiderseitigem Interesse durchzuführen, wodurch der bestehenden Zusammenarbeit und dem politischen Dialog ein Mehrwert hinzugefügt wird. Die Partnerschaften werden sich in erster Linie auf Maßnahmen auf globaler, kontinentaler oder regionaler Ebene konzentrieren; dabei besteht deutlich ein komparativer Vorteil im Verhältnis zur Zusammenarbeit auf nationaler Ebene, wenn die Beteiligten kollektiv die Fähigkeit zur Erzielung von Ergebnissen haben. Darüber hinaus werden andere vereinbarte Initiativen und Partnerschaften weiterhin durchgeführt. Dabei sind die Infrastrukturentwicklung als Querschnittspriorität und die Durchführung der Infrastruktur-Partnerschaft Afrika-EU, die am 24. Oktober 2007 in Addis Abeba auf den Weg gebracht wurde, von besonderer Bedeutung.

Die Partnerschaften werden unter der politischen Aufsicht und Verantwortung der bestehenden Ministertroika Afrika-EU gegebenenfalls mit Beteiligung sektorspezifischer Ministertroiken erfolgen. Die Partner kommen ferner überein, im Anfangszeitraum 2008-2010 die erforderlichen Schritte zu unternehmen, um die institutionellen Rahmenvorgaben festzulegen und umzusetzen. Die Überwachung der Fortschritte wird im Rahmen der Gemeinsamen Task Force EU-AU erfolgen, deren Mitglieder ihren jeweiligen Institutionen Bericht erstatten werden.

Die Partnerschaften sind als politische Beziehungen zwischen interessierten Partnern zu verstehen, die sich selbst auf freiwilliger Basis mit einer gemeinsamen Zielvorstellung zusammengefunden haben, um konkrete Maßnahmen auf den Weg zu bringen. Die Mitwirkenden und die Dauer werden je nach den Zielen der Zusammenarbeit variieren.

Jede dieser "Afrika-EU-Partnerschaften" steht einem breiten Spektrum von Mitwirkenden offen; dazu könnten die Europäische Kommission und die AU-Kommission, der EU-Ministerrat und der AU-Ministerrat, das EU-Ratssekretariat, die EU-Mitgliedstaaten und afrikanische Staaten, die Parlamente von EU und Afrika, lokale und dezentrale Behörden, Akteure der Zivilgesellschaft aus der EU und aus Afrika, subregionale Organisationen Afrikas, Forschungsinstitute, internationale Organisationen oder Institutionen und der private Sektor gehören.

Die Maßnahmen im Rahmen jeder dieser "EU-Afrika-Partnerschaften" werden aus bestehenden oder neuen Finanzressourcen finanziert; dazu könnten gegebenenfalls der 10. Europäische Entwicklungsfonds (EEF) und seine Fazilitäten und Treuhandfonds, die einschlägigen Haushaltsinstrumente der EU (Europäisches Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument (ENPI), Finanzierungsinstrument für die Entwicklungszusammenarbeit (DCI)) und die geografischen und thematischen Programme, die sich daraus ableiten, bilaterale Beiträge von afrikanischen Staaten oder Staaten der EU, Beiträge interessierter Drittstaaten, internationale Finanzierungsinstitute, internationale Organisationen und Gruppen der Zivilgesellschaft sowie Investitionen des privaten Sektors gehören.

Partnerschaften und vorrangige Maßnahmen

Folgende Partnerschaften und vorrangige Maßnahmen sind vereinbart worden:

1. **Afrika-EU-Partnerschaft zum Bereich Frieden und Sicherheit**
 - Verbesserung des Dialogs zu Fragestellungen im Bereich Frieden und Sicherheit;
 - uneingeschränkte Operationalisierung der Afrikanischen Friedens- und Sicherheitsarchitektur;
 - Vorhersehbare Finanzierung Afrika-geführter Friedenssicherungsmaßnahmen.
2. **Afrika-EU-Partnerschaft zum Bereich demokratische Staatsführung und Menschenrechte**
 - Verbesserung des Dialogs auf globaler Ebene und in internationalen Gremien;
 - Förderung des Afrikanischen Peer-Review-Mechanismus und der Afrikanischen Charta für Demokratie, Wahlen und Staatsführung;
 - Stärkung der Zusammenarbeit auf dem Gebiet von Kulturgütern.

3. **Afrika-EU-Partnerschaft zu den Bereichen Handel und regionale Integration**
 - Unterstützung der afrikanischen Agenda der Integration;
 - Stärkung der afrikanischen Fähigkeiten in den Bereichen Vorschriften, Normen und Qualitätskontrolle;
 - Umsetzung der EU-Afrika-Infrastrukturpartnerschaft.
4. **Afrika-EU-Partnerschaft zum Bereich der Millenniums-Entwicklungsziele**
 - Sicherstellung der finanziellen und politischen Grundlage für das Erreichen der Millenniums-Entwicklungsziele;
 - Beschleunigtes Erreichen der Ernährungssicherheitsziele der Millenniumsentwicklungsziele;
 - Beschleunigtes Erreichen der Gesundheitsversorgungsziele der Millenniumsentwicklungsziele;
 - Beschleunigtes Erreichen der Bildungsziele der Millenniumsentwicklungsziele.
5. **Afrika-EU-Partnerschaft zum Bereich Energie**
 - Umsetzung der Energie-Partnerschaft zur Vertiefung der Zusammenarbeit in den Bereichen Energiesicherheit und Zugang zu Energie.
6. **Afrika-EU-Partnerschaft zum Bereich des Klimawandels**
 - Aufbau einer gemeinsamen Agenda der Strategien und der Zusammenarbeit im Bereich des Klimawandels;
 - Zusammenarbeit zur Bekämpfung der Bodenverschlechterung und der zunehmenden Trockenheit, einschließlich der "Grüne-Mauer-gegen-die-Sahara-Initiative".
7. **Afrika-EU-Partnerschaft zu den Bereichen Migration, Mobilität und Beschäftigung**
 - Umsetzung der Erklärung der Konferenz von Tripolis zu Migration und Entwicklung;
 - Umsetzung des EU-Afrika-Aktionsplans zum Bereich des Menschenhandels;
 - Umsetzung der Erklärung von Ouagadougou von 2004 und diesbezügliche Anschlussmaßnahmen sowie Aktionsplan zu Beschäftigung und Armutsminderung in Afrika.
8. **Afrika-EU-Partnerschaft zu den Bereichen Wissenschaft, Informationsgesellschaft und Raumfahrt**
 - Förderung der Entwicklung einer Informationsgesellschaft in Afrika, an der alle teilhaben können;
 - Unterstützung des Kapazitätenaufbaus in den Bereichen Wissenschaft und Technologie in Afrika und Umsetzung des konsolidierten afrikanischen Aktionsplans für die Bereiche Wissenschaft und Technologie;
 - Verbesserung der Zusammenarbeit bei Raumfahrtanwendungen und -technologien.

Um den Erfolg zu sichern: institutionelle Architektur und Umsetzung

Zur Gewährleistung der raschen und wirksamen Umsetzung der Gemeinsamen Strategie sowie der in diesem ersten Aktionsplan vereinbarten Partnerschaften und vorrangigen Maßnahmen und zur Förderung einer möglichst großen Eigenverantwortung und Außenwirkung bei diesem Prozess werden die EU und Afrika die geeignete **institutionelle Architektur** und die geeigneten **Umsetzungsmodalitäten** festlegen. In diesem Kontext einigen sich die EU und Afrika auf die folgenden Maßnahmen:

Gemeinsame Maßnahmen

- Organisation von häufigeren Kontakten zwischen **politischen Führungspersonlichkeiten Afrikas und der EU**, insbesondere zwischen den Präsidenten der EU- und der AU-Institutionen;
- Ergänzung der halbjährlich stattfindenden **Troika-Treffen** der Außenminister durch Treffen der Fachminister, soweit dies erforderlich ist;
- Festlegung von Mechanismen für die engere Zusammenarbeit und den Dialog zwischen dem **Panafrikanischen Parlament** und dem **Europäischen Parlament (EP)** sowie zwischen dem **AU-Rat für Wirtschaft, Soziales und Kultur (ECOSOCC)** und dem **Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA)** und örtlichen Behörden;
- Fortsetzung der jährlichen Treffen zwischen dem Kollegium der **EU- und der AU-Kommission** und der halbjährlichen Treffen der **gemeinsamen EU-AU-Task Force** sowie Verbesserung ihrer Effizienz durch zielgerichtete Vorbereitungen im Vorfeld und Festlegung von Agenden, eine klarere Nennung von Prioritäten und größere Kontinuität bei den Arbeiten.
- **Kartierung** der bestehenden europäischen und afrikanischen Netze der Zivilgesellschaft;
- Schaffung einer Plattform für europäische und afrikanische **Forschungsinstitute und Studiengruppen** für die Ausarbeitung von unabhängigen politischen Empfehlungen;
- Schaffung eines **Internet-Portals** zur Erleichterung der Konsultationen der Organisationen der Zivilgesellschaft im Vorfeld von wichtigen politischen Entscheidungen;
- Konsultation von Vertretern der europäischen und der afrikanischen **Zivilgesellschaft** im Vorfeld von Troikatreffen auf Ministerebene;
- Festlegung von Mechanismen für die Planung und die Festlegung von Prioritäten für künftige Aktionspläne;

- Einrichtung informeller **gemeinsamer Sachverständigengruppen** zu allen im Aktionsplan genannten vorrangigen Maßnahmen. In diesen informellen Gruppen werden afrikanische, europäische und internationale Hauptakteure (einschließlich von Organisationen der Zivilgesellschaft) mit der notwendigen Befähigung und dem notwendigen Engagement für die Arbeit im Zusammenhang mit der betreffenden vorrangigen Maßnahme zusammengebracht. Die Gruppen werden die Umsetzung und Finanzierung der jeweiligen vorrangigen Maßnahmen erörtern. Sie werden über ihre eigenen effizienten Arbeitsmodalitäten (Zusammensetzung, Häufigkeit von Sitzungen und Sitzungsort, Abstimmung mit anderen Akteuren, Vorsitz/Sekretariat, usw.) beschließen. Sie werden der Troika Bericht erstatten und Beiträge für Troikatreffen der Fachminister liefern;
- Ausarbeitung eines **gemeinsamen Jahresberichts** über die Fortschritte und die Umsetzung des Aktionsplans; der Bericht ist den Ministern bei ihren Troikatreffen vorzulegen;
- Veranstaltung **eines dritten Gipfeltreffens EU-Afrika** Ende 2010 in Afrika; Auf diesem Gipfeltreffen werden die Ergebnisse der Umsetzung des ersten Aktionsplans überprüft und wird der folgende Aktionsplan gebilligt.

Maßnahmen auf Seiten der EU

- Weitere Verbesserung der **Kohärenz des Handelns der EU**, insbesondere durch
 - die Eröffnung einer EU-Delegation, die ausschließlich für die Afrikanische Union zuständig ist und die die EU in allen Zuständigkeits- und Tätigkeitsbereichen der AU vertritt;
 - eine engere Zusammenarbeit zwischen den Institutionen in Brüssel und eine verstärkte Kohärenz innerhalb dieser Institutionen, damit die Aktionspläne wirksam umgesetzt werden können;
 - eine Reflexion über die Möglichkeiten einer besseren Anpassung der politischen Strategien, Instrumente und Verfahren an das Erfordernis, Afrika als Einheit zu behandeln;
- Veranstaltung regelmäßiger Treffen zwischen **Organisationen der Zivilgesellschaft** und zuständigen Ratsgremien zu den von den Institutionen und den Organisationen der Zivilgesellschaft bei der Umsetzung der Partnerschaften erzielten Fortschritten.

Maßnahmen auf Seiten Afrikas

- Stärkung der **Rolle der Afrikanischen Union und ihrer Kommission** bei der Konzipierung und Umsetzung von politischen Maßnahmen und als Gesprächspartner für alle Angelegenheiten im Zusammenhang mit der Afrika-EU-Partnerschaft;
- Vereinfachung des Rahmens für die **regionale Integration** in Verbindung mit Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (WPA) und Straffung der WPA, der regionalen Wirtschaftsgemeinschaften und der subregionalen Organisationen innerhalb des in Banjul festgelegten Rahmens;
- Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen den Institutionen der AU;

Veranstaltung regelmäßiger Treffen zwischen den **Organisationen der Zivilgesellschaft** und den zuständigen Gremien der AU zu den von den Institutionen und den Organisationen der Zivilgesellschaft bei der Umsetzung der Partnerschaften erzielten Fortschritten.

- Weitere Verstärkung der Vertretung der AU in Brüssel.

Die folgenden "Merkblätter" enthalten Einzelheiten zum Grundgedanken, den Zielen, den erwarteten Ergebnissen, den antizipierten Tätigkeiten und den möglichen Akteuren und finanziellen Mitteln jeder der vorrangigen Afrika-EU-Maßnahmen.

(1)

AFRICA-EU PARTNERSHIP

ON

PEACE AND SECURITY

RATIONALE

Peace and security lie at the foundation of progress and sustainable development. The objective of the Joint Strategy is to cooperate in enhancing the capacity of Africa and EU to respond timely and adequately to security threats, and also to join efforts in addressing global challenges.

PRIORITY ACTION 1: ENHANCE DIALOGUE ON CHALLENGES TO PEACE AND SECURITY

Objective

- Reach common positions and implement common approaches on challenges to peace and security in Africa, Europe and globally.

Expected outcomes

- Deepened common understanding on the causes of conflicts and their resolution;
- Strengthened cooperation on conflict prevention, management and resolution, including long-term post-conflict reconstruction and peace building;
- Improved coordination of continent-wide and regional approaches and initiatives;
- Increased EU and African cooperation and influence in international and global fora.

Activities

- Hold a systematic and regular dialogue on all issues related to peace and security, at technical, senior official and political levels in the most effective format. This dialogue could also include innovative tools such as conflict sensitivity analysis;
- Hold consultations, in an appropriate format, between the AU Peace and Security Council (AU PSC) and the EU Political and Security Committee (PSC);
- Facilitate ad hoc consultations for exchange and coordination at the highest political level;
- Coordinate efforts in relevant international fora on global issues of common concern;
- Set up mechanisms for consultation at ambassadorial level, in particular in Addis Ababa, Brussels and New York;
- Enhance capacity building and cooperation in the fight against terrorism;
- Enhance capacity building, networking, cooperation and exchange of information on Small Arms and Light Weapons (SALW), Explosive Remnants of War (ERW) and Anti-Personnel Landmines (APM), as well as fight against illicit trafficking;
- Enhance the sharing of analyses and reports on crisis and conflict situations, including on their root causes, and put in place the required security arrangements for the exchange of sensitive information;

- Address the implementation of UN Security Council Resolution 1325 on the role of women in conflict and post-conflict situations and of UN Security Council Resolution 1612 on Children in Armed Conflicts;
- Raise awareness through campaigning involving African and European NGOs on mainstreaming human rights, gender issues, and children affected by armed conflict;
- Undertake joint assessment missions to conflict and post conflict areas, and launch joint initiatives when appropriate;
- Facilitate exchange of experience and lessons learned between EU and African mediators.
- Strengthen cooperation and enhance dialogue on issues relating to the security/development nexus, including on the identification and the use of best practices.

Actors

- AU Commission, African States, AU PSC, Regional Mechanisms for Conflict Prevention, Management, and Resolution, Pan-African Parliament, ECOSOCC, African Commission on Human and Peoples' Rights, African Centre for Studies and Research on Terrorism (ACSRT);
- European Commission, HR/Council Secretariat and EU Member States;
- African and EU Heads of Mission in Addis Ababa, Brussels and New York;
- Research centres, training centres, think tanks and relevant civil society actors;
- African and European local authorities.

Finance

- AU Peace Fund;
- Appropriate financing sources in accordance with their respective scope and their relevance to objectives and activities concerned, their specificity and eligibility criteria, such as 10th EDF, Africa Peace Facility (APF), the European Neighbourhood Policy Instrument (ENPI), Development Cooperation Instrument (DCI), Instrument for Stability (IfS), CFSP-Budget;
- Bilateral contributions from EU Member States and African states.

PRIORITY ACTION 2: FULL OPERATIONALIZATION OF THE AFRICAN PEACE AND SECURITY ARCHITECTURE (APSA)

Objective

- Effective functioning of the African Peace and Security Architecture to address peace and security challenges in Africa.

Expected outcomes

- Full operationalization of the various components of the APSA, in particular the Continental Early Warning System, the Panel of the Wise, and the African Standby Force;
- Enhanced capacities of AU and the regional mechanisms;
- Concrete progress in the prevention, management and resolution of conflicts;
- Strengthened African capabilities through the implementation of relevant proposals in the Action Plan of the related EU Concept adopted in May 2007.

Activities

- Work towards the operationalization of the Continental Early Warning System, and facilitate cooperation between the AU Situation Room and corresponding structures in the EU;
- Work towards the operationalization of the African Standby Force and its civilian dimension, including through EU support for regional brigades training, exercises, validation and logistics (such as Euro-RECAMP);
- Facilitate training courses, exchanges of experts and of information, joint seminars and initiatives at continental, sub-regional and national levels;
- Strengthen coherence between different policies, initiatives, financial instruments and all relevant actors;
- Organize specific and regular co-ordination meetings;
- Establish and empower an EU-African civil society network capable of supporting peace and security initiatives;

- Strengthen conflict prevention mechanisms and effective post-conflict reconstruction, including through a reinforcement of the role of women;
- Enhance capacity-building, networking and collaboration between the AU and the EU regarding the implementation of the AU Policy on Post-Conflict Reconstruction and Development.

Actors

- AU Commission, African States, AU PSC, Regional Mechanisms for Conflict Prevention, Management and Resolution;
- EU Commission, Council Secretariat and EU Member States;
- Research centres, think tanks and relevant civil society actors;
- UN, G-8 and other relevant international actors.

Finance

- AU Peace Fund
- Appropriate financing sources in accordance with their respective scope and their relevance to objectives and activities concerned, their specificity and eligibility criteria, such as the 10th EDF, African Peace Facility (APF), ENPI, DCI, Instrument for Stability, CFSP-Budget;
- Bilateral contributions from EU Member States and African states.

PRIORITY ACTION 3: PREDICTABLE FUNDING FOR AFRICA-LED PEACE SUPPORT OPERATIONS

Objective

- To financially enable the AU and regional mechanisms to plan and conduct Peace Support Operations.

Expected outcome

- Reduction of funding gaps and of the prejudicial uncertainty for African-led peace support operations;
- More effective deployment of these operations.

Activities

- Take steps towards the establishment of a predictable and sustainable funding mechanism, building on the experience of the African Peace Facility (APF) and EU and AU Member States' bilateral contributions;
- Work with G-8 and other members of the international community to contribute to the funding of African-led peace support operations;
- Work together to achieve, within the framework of Chapter VIII of the UN Charter, a UN mechanism to provide sustainable, flexible and predictable financial support for peace keeping operations undertaken by the AU, or under its authority and with the consent of the UN Security Council.

Actors

- AU Commission, African States;
- European Commission, EU Council, EU Member States;
- Interested actors, such as UN, G-8, and other partners.

Finance

- AU Peace Fund;
- Appropriate financing sources in accordance with their respective scope and their relevance to objectives and activities concerned, their specificity and eligibility criteria, such as the 10th EDF, African Peace Facility (APF), ENPI, DCI, Instrument for Stability, CFSP-Budget.
- Bilateral contributions from EU Member States and African states, as well as from other partners.

(2)

AFRICA-EU PARTNERSHIP

ON

DEMOCRATIC GOVERNANCE AND HUMAN RIGHTS

RATIONALE

Democratic Governance and Human Rights are key for sustainable development and for cooperation between partners, and are an integral part of both the EU's and the AU's core values. The Africa-EU Partnership on Democratic Governance and Human Rights will enable a comprehensive continent-to-continent dialogue and cooperation on aspects and concepts such as local capacity strengthening, the protection of human rights and fundamental freedoms for all, democratic principles, the rule of law and equitable access to legal systems, management of natural resources, the fight against corruption and fraud, accountable management of public funds, institutional development and reform, global governance, and security sector reform.

PRIORITY ACTION 1 - ENHANCE DIALOGUE AT GLOBAL LEVEL AND IN INTERNATIONAL FORA

Objectives

- Common positions and specific initiatives on key aspects of the governance and human rights agendas;
- Coordinated positions on global issues in international fora such as the UN Human Rights Council, the 2nd and 3rd Commission of UNGA, the Conference of State Parties to the AU and UN CAC;
- Co-operation in the prevention of, and fight against, international terrorism, drugs and organised crime.

Expected outcomes

- Ratification and implementation of the international and continental legislative framework (UN conventions, the Convention on the Rights of the Child, ILO Conventions, Financial Action Task Force recommendations);
- Progress in the compliance with international obligations in the field of democratic governance and human rights;
- Enhanced influence through coordinated positions of the EU and AU in the Human Rights Council;
- Enhanced cooperation in the fight against corruption;
- Progress in the areas of prevention of ill-treatment and torture, promotion of international justice.

Activities

- Develop a platform for dialogue on all governance issues of mutual interest, including political issues, human rights, children's rights, gender equality, local governance and on "situations of fragility", as well as on the death penalty;
- Maintain and continue in this context a dedicated Senior Officials human rights dialogue, flanked by an Africa-EU civil society dialogue;

- Enhance co-operation in global fora on issues relating to election organization and observation;
- Enhance cooperation in the fight against corruption under the UN Convention on Anti-Corruption, the AU Convention on Preventing and Combating Corruption and other relevant instruments;
- Enhance cooperation in the context of international initiatives against the illicit trade in natural resources, such as the Kimberley process and the Forest Law Enforcement Governance and Trade (FLEGT);
- Promote transparency in the management of natural resources and conduct a dialogue on relevant international initiatives such as the Extractive Industry Transparency Initiative (EITI);
- Step up capacity building and the exchange of information on the fight against terrorism, drugs and organized crime, including trafficking of human beings;
- Enhance cooperation on women's rights and Sexual and Reproductive Health and Rights (SRHRs) as set out by the International Conference on Population and Development (ICPD);
- Strengthen the representation of African children networks in the EU Child Forum.

Actors

- African States, AU Commission/NEPAD, Pan African Parliament, African Court of Justice, African Commission on Human and Peoples' Rights, other Pan-African Institutions, RECs, African think tanks;
- EU Member States and Council, European Commission, European Parliament, other EU Institutions and Agencies, European Court of Human Rights;
- Decentralized authorities, Parliaments, and Civil society organizations;
- UN agencies and programmes and specialised international organisations including the Committee on the Rights of the Child (CRC).

Finance

- Appropriate financing sources in accordance with their respective scope and their relevance to objectives and activities concerned, their specificity and eligibility criteria, such as the 10th EDF, ENPI, DCI, Instrument for Stability (IfS) and the European Instrument for Democracy and Human Rights (EIDHR);
- Bilateral contributions from EU Member States and African States;
- African Development Bank instruments.

PRIORITY ACTION 2 – PROMOTE THE AFRICAN PEER REVIEW MECHANISM (APRM) AND SUPPORT THE AFRICAN CHARTER ON DEMOCRACY, ELECTIONS AND GOVERNANCE

Objectives

- A more efficient African governance architecture through enhanced support for the implementation of the outcomes of the APRM process and the implementation of the African Charter on Democracy, Elections and Governance;
- Strengthened capacities to combat corruption;
- More effective and efficient public services and administration in Africa;
- Enhanced awareness of the APRM processes in African countries.

Expected outcomes

- The consolidation of an effective and functioning Pan-African governance architecture through ratification and enhanced implementation of its instruments;
- Improved cooperation on the implementation of the recommendations of the APRM process.

Activities

- Strengthen the dialogue and cooperation on the implementation of the recommendations of the APRM process;
- Step up EU support to the Pan-African governance architecture, including the African Charter on Democracy, Elections and Governance;
- Speed up ratification and implementation of the African Charter on Democracy, Elections and Governance;
- Strengthen capacities of the AU, regional and national institutions and civil society in the fields of election organisation and observation;
- Promote the participation of women in political processes and governance;
- Strengthen the capacities of independent organisations to combat corruption, impunity and fraud.

Actors

- African States, AU Commission/NEPAD Secretariat, APRM Secretariat, Pan African Parliament, other Pan-African Institutions, RECs;
- EU Member States and Council, European Commission, European Parliament, other EU Institutions and Agencies;
- Local and decentralized authorities;
- Civil society actors, universities and research institutes;
- UN organizations and specialized international organizations.

Finance

- Appropriate financing sources in accordance with their respective scope and their relevance to objectives and activities concerned, their specificity and eligibility criteria, such as the 10th EDF, ENPI, DCI, Instrument for Stability (IfS) and the European Instrument for Democracy and Human Rights (EIDHR);
- Bilateral contributions from EU Member States and African States;
- African Development Bank.

PRIORITY ACTION 3 - STRENGTHEN COOPERATION IN THE AREA OF CULTURAL GOODS

Objective

- Enhanced cooperation in the area of cultural goods and enlarged cooperation to include other cultural activities.

Expected outcomes

- Common positions on policies, strategies and cooperation in the area of cultural goods;
- Enhanced cooperation and exchanges between European and African cultural actors, such as museums, artists, experts, research institutes;
- Progress in the implementation of relevant international instruments to facilitate the protection and promotion of cultural goods, and to combat illicit trade of cultural goods;
- Progress towards the return of illegally acquired cultural goods to their countries of origins in line with relevant international conventions;
- Enhanced cooperation to facilitate the protection and promotion of cultural expressions and cultural diversity.

Activities

- Launch an inventory of cooperation in the area of cultural goods between Africa and Europe;
- Enhance the exchange of information on existing African cultural goods in EU and African countries with a view to establishing a database;
- Conduct an effective dialogue and cooperation in the area of return of illegally acquired cultural goods, including the exchange of experiences and sharing of best practices;
- Put in place appropriate mechanisms for the fight against illicit trade in cultural goods;
- Encourage the signature and ratification of all relevant international conventions on cultural goods, and support the elaboration of legislation in this field;

- Build capacities in, and provide technical assistance to, African countries, in particular in areas such as the establishing of inventory systems in cultural goods, training of technical staff, the setting up of security and safety systems to protect and preserve cultural goods and institutions, increasing the awareness among holders, curators and other actors, and the strengthening of institutions;
- Enhance dialogue between African and EU delegations to UNESCO;
- Promote Culture for Development, and reinforce the safeguarding of African World Heritage sites and of the diversity of cultural expressions;
- Engage in effective dialogue and cooperation on culture, the promotion of exchanges and twinning arrangements in the area of cultural expressions and diversity and sports;
- Take necessary steps towards fully integrating local culture in development cooperation.

Actors

- AU Commission/NEPAD, African States, Pan African Parliament;
- European Commission, EU Member States, European Parliament;
- UNESCO and other international organisations;
- Civil society actors in the field of culture and sports;
- Museums, Universities and Research institutions.

Finance

- Appropriate financing sources in accordance with their respective scope and their relevance to objectives and activities concerned, their specificity and eligibility criteria, such as the 10th EDF, ENPI, DCI, Instrument for Stability (IfS) and the European Instrument for Democracy and Human Rights (EIDHR);
- Bilateral contributions from EU Member States and African States;
- Private sector, international organizations.

(3)

AFRICA-EU PARTNERSHIP

ON

TRADE AND REGIONAL INTEGRATION

RATIONALE

Enhanced trade and deeper regional integration are essential contributions to development, economic growth and employment, and ultimately the eradication of poverty. Further efforts shall be made in particular to enhance the African integration agendas, both at the regional and Pan-African levels, and to strengthen African capacities to meet rules, standards and quality requirements which are essential to enable effective access to regional and international markets.

Africa has adopted socio-economic and political integration as a key development strategy. The EU has undergone a successful process of integration and can usefully share its experience with Africa.

The EU and Africa are determined to remove all obstacles to market access. Capacity building initiatives in this area will focus, in particular, on sanitary and phyto-sanitary measures. Regional Economic Communities (RECs) in Africa are key actors to facilitate these harmonization and capacity enhancement processes.

PRIORITY ACTION 1: SUPPORT THE AFRICAN INTEGRATION AGENDA

Objective

- The socio-economic and political integration of the continent in line with the Treaty establishing the African Economic Community (Abuja Treaty).

Expected outcomes

- An accelerated integration process with the participation of all stakeholders, including those in the informal sector;
- Improved coherence and convergence of the integration processes between the AU Commission and the RECs;
- Enhanced African capacities to implement the integration agenda;
- Synergies between African integration processes and the EPAs, the Euro-Mediterranean Partnership, and bilateral trade agreements.

Activities

- Implement the Minimum Integration Programme for Regional Economic Communities (RECs);
- Ensure that the EPAs support Africa's regional integration efforts;
- Conduct the Study on the Quantification of Scenarios within the context of the rationalisation process;
- Enhance the role of the AU in the monitoring of the EPAs and the Euro-Mediterranean Partnership involving North African countries;
- Enhance the capacity of the AU Commission, the RECs, and African countries to effectively coordinate and implement the integration agenda (including training in trade policy and negotiations);
- Engage other stakeholders such as the private sector, civil society and cooperating partners, to participate and support the integration process;
- Implement the African Charter on Statistics and exchange statistical and other information between the EU and the African side.

Actors

- AU Commission/NEPAD, African States, Pan African Parliament, RECs;
- European Commission, EU Member States, European Parliament;
- Joint Parliamentary Assembly (JPA);
- Pan African organizations, such as United Cities and Local Government-Africa, African Institute on Governance, Alliance for a Renewed Governance in Africa;
- Civil society, private sector, local authorities, Economic Commission for Africa (ECA), AfDB and other interested actors.

Finance

- Appropriate financing sources in accordance with their respective scope and their relevance to objectives and activities concerned, their specificity and eligibility criteria, such as the 10th EDF, ENPI and DCI;
- Bilateral contributions from EU Member States and African States;
- AfDB, European Investment Bank (EIB).

PRIORITY ACTION 2: STRENGTHEN AFRICAN CAPACITIES IN THE AREA OF RULES, STANDARDS, AND QUALITY CONTROL

Objectives

- Enhanced capacity of administrations, producers and exporters at all levels to meet the regulatory requirements of export markets within Africa and the EU, thus allowing diversification away from simple processed products;
- Enhanced competitiveness of African agriculture and agri-food industry through particular attention to Sanitary and Phyto-sanitary Standards (SPS).

Expected outcomes

- Better informed producers and exporters capable of complying with the rules and regulatory requirements of export markets;
- A sufficient number of trained inspectors and customs officials to efficiently facilitate exports;
- A sufficient number of well-equipped and accredited laboratories, possibly to be shared amongst countries, for testing and certifying exports;
- Mutual recognition agreements on certain standards;
- A network to share information on market access, technical rules and regulations
- Diversification of exports;
- Progress towards the elimination of intra-regional non-tariff barriers to trade.

Activities

- Provision of training, in particular in the areas of inspection techniques, standards, quality assurance, accreditation, metrology, maximum residue levels, for inspectors and customs officials handling exports;
- Rehabilitation and modernization of African testing and certification laboratories, some of which could be shared by several countries, to empower them to perform more effectively;
- Negotiation of mutual recognition agreements as necessary on certain standards;

- Creation of a platform to share information on relevant issues and developments, including market access, rules and regulations;
- Improve technical knowledge to ensure that food and feed inspection services are operating efficiently and transparently;
- Strengthen risk-based animal health, plant health and food safety systems;
- Support the participation of African countries in SPS standard setting organizations.

Actors

- AU Commission/NEPAD, African States, Pan African Parliament, RECs;
- European Commission, EU Member States, European Parliament;
- Civil society, private sector, ECA, AfDB and other Interested other actors;
- SPS standard setting organizations.

Finance

- Appropriate financing sources in accordance with their respective scope and their relevance to objectives and activities concerned, their specificity and eligibility criteria, such as the 10th EDF, ENPI and DCI;
- Bilateral contributions from EU Member States and African States;
- African Development Bank, European Investment Bank.

PRIORITY ACTION 3: IMPLEMENT THE EU-AFRICA INFRASTRUCTURE PARTNERSHIP

Objective

- Improved and sustained African infrastructure and services.

Expected outcomes

- Enhanced continental and regional integration and trade through better interconnectivity;
- Improved infrastructure networks and services;
- Strengthened African capacities in infrastructure management and policy development;
- Increased participation of the private sector in infrastructure development, including through Public-Private Partnerships;
- Increased and sustainable investments in physical infrastructure;
- Improved management of shared water-course systems.

Activities

- Implement the EU-Africa Partnership on Infrastructure signed in Addis Ababa on 24 October 2007, including through the operationalization of the Partnership Steering Committee;
- Support the implementation of the AU/NEPAD Infrastructure Initiatives, including the Pan-African Infrastructure Development Fund;
- Improve the legal and regulatory environment for Public-Private Partnerships;
- Build capacities in the field of safety standards and regulations, in particular for air and maritime transport.

Actors

- AU Commission/NEPAD, African States, Pan African Parliament, RECs;
- European Commission, EU Member States, European Parliament;
- Civil society, private sector, ECA, AfDB and other interested other actors.

Finance

- Appropriate financing sources in accordance with their respective scope and their relevance to objectives and activities concerned, their specificity and eligibility criteria, such as the 10th EDF, ENPI and DCI;
- Bilateral contributions from EU Member States and African States
- African Development Bank, European Investment Bank;
- Private Sector.

(4)

AFRICA-EU PARTNERSHIP

ON

THE MILLENNIUM DEVELOPMENT GOALS

RATIONALE

Many countries in Africa are confronting particular challenges in meeting the targets of the Millennium Development Goals (MDGs) by 2015, and will require a broad range of strengthened efforts to meet those targets. Such efforts must include effective action to tackle the shortfalls in policy, predictable financing, data collection and implementation capacities. Children, gender, HIV/AIDS and the environment will be addressed as cross-cutting priorities.

This Africa-EU Partnership will serve as a forum for intensified continent-to-continent policy dialogue, cooperation and joint action at all levels, with a view to achieving the MDGs in all African countries.

PRIORITY ACTION 1: ENSURE THE FINANCE AND POLICY BASE FOR ACHIEVING THE MDGs

Objective

- To overcome policy and financing gaps for achieving the MDGs.

Expected outcomes

- Africa-EU policy dialogue and common positions in support of both quick wins and longer term sustainable action to tackle the MDGs in the context of global partnerships and international fora, including in the context of the MDG Africa Steering Committee, chaired by the United Nations Secretary-General;
- Integrated, comprehensive and balanced approaches in addressing all MDGs;
- Stronger institutional capacity and better coordination within and between the AU and EU to tackle the MDGs;
- Enhanced networking among African and European civil society organizations and other non-state actors.

Activities

- Develop joint assessments, analysis and approaches to enhance country ownership and to overcome gaps in long term predictable financing and human resource development;
- Strengthen national systems for planning, monitoring and evaluation to achieve the people-centred MDGs;
- Share the results from the two above mentioned activities with all relevant interlocutors, and in particular with the MDG Africa Steering Committee chaired by the United Nations Secretary-General;
- Work towards the fulfillment of the EU commitment of collective ODA of 0,56% of GNI by 2010, as an intermediary step towards achieving the UN target of 0,7% by 2015;
- Work in line with the Paris Declaration and enhance the coordination among donors and with partner governments;
- Establish a system to address the rights of persons with disabilities and vulnerable groups in interventions to achieve the MDGs;

- Assess and develop the institutional capacity to enhance the roles of, and collaboration between, the AU and the EU in direct action to tackle the people-centred MDGs;
- Enhance coordination between AU, EU and civil society organizations in the framework of global partnership meetings and international fora;
- Establish effective mechanisms for enhanced collaboration between African and European experts, such as joint workshops, twinning initiatives, and exchange visits;
- Strengthen networking among African and European civil society organizations and ensure effective civil society inputs into policy dialogue.

Actors

- AU Commission, African States and RECs;
- European Commission, Council and EU Member States;
- EU and African Parliaments;
- Civil society organizations;
- Private Sector;
- United Nations agencies, including UNICEF, UNESCO, UNAIDS, WHO, UNDP, UNIFEM, UNFPA;
- EIB, AfDB, and other International Financial Institutions;
- Global partnerships, including Global Fund to fight HIV/AIDS, TB and Malaria, Education Fast Track Initiative, Global Coalition on Women and AIDS, International Health Partnership;
- African local authorities;
- Secretariat of the African Decade of Persons with Disabilities.

Finance

- Appropriate financing sources in accordance with their respective scope and their relevance to objectives and activities concerned, their specificity and eligibility criteria, such as the 10th EDF, ENPI, DCI;
- Direct contributions from African and EU States and from the private sector;
- Global partnerships, including African and EU States support to those.

PRIORITY ACTION 2: ACCELERATE THE ACHIEVEMENT OF THE FOOD SECURITY TARGETS OF THE MDGs

Objective

- Make substantial progress towards achieving the Millennium Development Objective of halving the proportion of people who suffer from hunger and malnutrition by the year 2015 in all African countries.

Expected outcomes

- Better access to food;
- Increased agricultural growth rates, improved agricultural productivity and reduced rural poverty;
- Agriculture and food security to be integral and strategic parts of the development agenda at national, regional and continental levels;
- Improved governance in the agricultural sectors, including in the area of sanitary measures and management regimes for land, fish and forest resources;
- Progress towards the Maputo commitments, including 10% of African national budgets devoted to the agricultural sector and rural development;
- Enhanced intra-Africa trade in agriculture, including staple foods;
- Reduced malnutrition, in particular under-5 chronic and acute malnutrition, as well as reduced maternal and child mortality;
- Improved food-security early warning systems;
- Wider application of safety-net / social transfer systems;
- Reduced vulnerability in food-insecure communities.

Activities

- Accelerate the development and implementation of pillar 3 of the Comprehensive Africa Agricultural Development Programme (CAADP) at regional and national levels, with particular attention to the involvement of non-state actors such as farmers associations;

- Enhance agricultural research and strengthen institutional cooperation and coordination between national agricultural research systems (NARS) and regional and international research programmes, notably with EU research institutes, in the framework of the new partnership on agriculture between the EU and Africa;
- Remove bottlenecks to intra-Africa trade in agricultural products, including staple food crops;
- Include agriculture and food-security related indicators in budgetary support programmes;
- Strengthen regional and continental-level representations of producers and professional organisations, with effective advocacy and lobbying capacity;
- Increase national and regional capacities to monitor levels of acute and chronic malnutrition;
- Increase continental and regional food security information systems and capacities to address famine crises.

Actors

- AU Commission/NEPAD, African Member States, RECs;
- European Commission, EU Member States;
- CAADP pillar lead institutions, such as the Forum for Agricultural Research in Africa (FARA);
- Private sector, civil society, local authorities and economic actors;
- International organizations, including the World Food Programme (WFP), the International Fund for Agricultural Development (IFAD) and the Food and Agricultural Organization (FAO).

Finance

- Appropriate financing sources in accordance with their respective scope and their relevance to objectives and activities concerned, their specificity and eligibility criteria, such as the 10th EDF, ENPI, DCI;
- Bilateral contributions from EU Member States and African States;
- Development Banks and Private Foundations;
- Private Sector;
- African local authorities.

PRIORITY ACTION 3: ACCELERATE THE ACHIEVEMENT OF THE HEALTH TARGETS OF THE MDGs

Objective

- Make substantial progress towards achieving the MDG Targets in the area of health in all African countries.

Expected Outcomes

- Improved access to prevention, treatment, care and support services, including for HIV/AIDS, Malaria, and Tuberculosis and sexual and reproductive health;
- Progress towards the Abuja commitments, including 15% of African national budgets devoted to the health sector, and towards the Maputo commitments (Maputo Action Plan on Sexual and Reproductive Health and Rights) within the context of established EU positions;
- Increased national capacities in participatory and evidence-based health strategy planning and budgeting;
- Equal access to healthcare and rehabilitation services for persons with disabilities;
- Progress towards universal access to affordable quality medicines, vaccines, contraceptives, and commodities;
- Increased production of medicines and vaccines in Africa;
- Coordinated African and EU positions in the relevant international fora;
- Increased capacity to train, retain and stimulate the return of health workers;
- Increased risk-awareness on emerging and re-emerging diseases, medical emergencies and epidemics.

Activities

- Develop joint strategies to enhance access to affordable quality medicines, in particular for HIV/AIDS, Malaria, Tuberculosis, other endemic diseases and meningitis through:
 - Enhanced capacity for regional and local production of generic medicines;
 - Strengthened regulatory capacity through EU/AU cooperation on the implementation of the Pharmaceutical Manufacturing Plan for Africa;

- Facilitation of the import of generic and affordable patented drugs in accordance with the TRIPS provisions on compulsory licensing and parallel imports;
- Strengthened mechanisms to fight counterfeit medicines;
- Encourage political support for the WHO Inter-Governmental Working Group (IGWG) process aimed at improving the availability and accessibility of priority medicines for Africa and cooperation on issues relating to public health, innovation and intellectual property.
- Increase the capacity of African countries to train and retain health workers, including through the implementation of the Africa Health Strategy 2007–2015 and the European programme for action to tackle the shortage of health workers in developing countries (2007–2013);
- Identify joint actions to initiate the creation or reinforcement of social health protection systems;
- Identify joint actions to strengthen district and national health systems, including participatory and action-led health management information systems, the elimination of fees for basic health care, strengthening preventive health care systems and health education, and stronger involvement of civil society partners;
- Jointly address environmental health challenges by implementing water and sanitation programs and projects, in conjunction with the partnerships on Energy and Climate Change;
- Improve operational research on health systems and synergies with traditional medicine, including through the implementation of the action programme of the African Decade on Traditional Medicine;
- Support the implementation of the Maputo Action Plan for the operationalization of the continental policy framework for Sexual and Reproductive Health and Rights 2007-2010 within the context of established EU positions;
- Implement the African Child Survival Strategy, and the follow up of the Abuja Call for Accelerated Action towards universal access to HIV/AIDS, Tuberculosis and Malaria services in Africa;
- Coordinate African and European positions in appropriate international fora and negotiations;
- Explore and test possibilities to improve access to health services through the use of telemedicine and e-health within Africa and beyond;

- Seize the opportunities presented by 2008 being the UN International Year of Sanitation, and prepare a Joint Statement for the Conference on Sustainable Development 16;
- Promote twinning initiatives and other appropriate exchanges to accelerate progress towards MDGs 2 and 3;
- Support the implementation of international health agreements.

Actors

- AU Commission/NEPAD, African Member States, RECs;
- European Commission, EU Member States;
- Private sector, civil society, academic institutions and health practitioners ;
- WHO, UNAIDS and other UN/International organizations;
- Global partnerships such as International Health Partnership and the Global Fund to Fight Aids, Tuberculosis and Malaria (GFATM);
- African local authorities.

Finance

- Appropriate financing sources in accordance with their respective scope and their relevance to objectives and activities concerned, their specificity and eligibility criteria, such as the 10th EDF, ENPI, DCI;
- Bilateral contributions from EU Member States and African States;
- African local authorities;
- AfDB, EIB;
- Private sector;
- Global Fund to Fight AIDS, Tuberculosis and Malaria.

PRIORITY ACTION 4: ACCELERATE THE ACHIEVEMENT OF THE EDUCATION TARGETS OF THE MDGs

Objective

- Make substantial progress towards achieving the Millennium Development Goals in the area of Education in all African countries.

Expected Outcomes

- Greater access to free, equitable and quality education;
- Universal primary education including for children with disabilities;
- Higher enrolment and completion rates with gender parity;
- Improved quality of education infrastructure, facilities and management systems.

Activities

- Establish a mechanism for strategic partnerships for the implementation of the Plan of Action for the Second Decade of Education for Africa;
- Take measures to eliminate school fees for primary and secondary education;
- Advance the effective training, deployment and retention of teachers;
- Accelerate the introduction of social protection programmes, including school feeding for disadvantaged families;
- Develop special programmes adapted to the needs of orphans and vulnerable children;
- Promote the integration of life skills for HIV/AIDS and health education into curricula at all levels;
- Implement initiatives to increase the enrolment and completion rate of girls at all levels of education;
- Enhance education infrastructure and improve teaching and learning materials;
- Promote twinning initiatives and other appropriate exchanges to accelerate progress towards MDGs 2 and 3;

- Strengthen the capacities of the Pan-African Institute for Education for Development;
- Promote exchange of best practice relating to the access of children with disabilities to education.

Actors

- AU Commission/NEPAD, African States, RECs, Pan-African Institute for Education for Development, Association for the Development of Education in Africa (ADEA), Association of African Universities (AAU)
- European Commission, EU Member States;
- African local authorities;
- Private sector, non-state actors and educational institutions
- UNESCO and other International organizations
- Global partnerships such as the Education For All Fast Track Initiative.

Finance

- Appropriate financing sources in accordance with their respective scope and their relevance to objectives and activities concerned, their specificity and eligibility criteria, such as the 10th EDF, ENPI, DCI;
- Bilateral contributions from EU Member States and African states;
- African local authorities;
- Private sector, Foundations;
- International financing institutions, African Development Bank.

(5)

AFRICA-EU PARTNERSHIP

ON

ENERGY

RATIONALE

The global concerns on energy security, energy access and climate change have reinforced the links between the energy future of Africa and Europe. The Africa-EU Energy Partnership will be a long-term framework for structured political dialogue and cooperation between Africa and the EU on energy issues of strategic importance and reflecting Africa's and Europe's needs. Through the Partnership, Africa and Europe will work together to develop a shared vision and common policy, answers, and to stimulate specific action that addresses the energy challenges of the 21st century. It aims at creating a momentum that will also mobilise increased financial, technical and human resources in support of Africa's energy development.

The Africa–EU Energy Partnership will strengthen the existing Africa-EU dialogue on access to energy and energy security. It will aim at scaling up European and African investments in energy infrastructure, including promotion of renewable energy and energy efficiency and improving the management of energy resources, as well as to mainstream climate change into development cooperation. The new political dialogue and cooperation on energy will further address the energy issues at the local, national, regional, continental and global levels.

PRIORITY ACTION: IMPLEMENT THE ENERGY PARTNERSHIP TO INTENSIFY COOPERATION ON ENERGY SECURITY AND ACCESS

Objectives

- Effective Africa-EU dialogue on energy access and energy security;
- Improved access to reliable, secure, affordable, climate friendly and sustainable energy services for both continents;
- Increased European and African investments in energy infrastructure in Africa, including promotion of renewable energy and energy efficiency.

Expected outcomes

- Scaled up investment in energy infrastructure, including the promotion of sustainable renewable energy and improved energy efficiency on both the supply and demand sides;
- Improved management of energy resources, including increased development-oriented use of oil and gas generated resources;
- Improved electrification rates, development of networks and of cross-border interconnections and other energy exchange infrastructure in Africa and between Africa and Europe;
- Improved institutional, technical capacities, and donor coordination;
- Expanded Africa-EU technology cooperation and transfer in the energy field;
- Climate change mainstreamed into energy development cooperation.

Activities

- Further implement already agreed EU support to the African energy sector;
- Jointly analyse and discuss the operational aspects of the Africa-EU energy cooperation, support energy policies and planning at all levels, and build capacity;
- Make progress towards the establishment of enabling legal, fiscal and regulatory frameworks at the continental, regional and national levels in Africa, and strengthen African energy institutions;

- Facilitate contacts and exchange know-how between relevant EU bodies (such as national energy agencies and energy research centres) and their African counterparts, including possibly via twinning arrangements;
- Explore the ways and means to launch a dialogue on the peaceful uses of nuclear energy, within the framework of all relevant IAEA- and NPT-provisions and in line with international safety standards and rules;
- Explore the possibility of using innovative financing and guarantee methods, notably small-scale facilities through public-private partnerships;
- Mobilise increased grant funding and investment capital from public sources, financing institutions and the private sector both in Africa and Europe;
- Examine the creation of African Energy Funds, such as Rural Electrification Funds and Stabilization Funds;
- Elaborate Associated Gas Recovery Plans (industry) and Country Implementation Plans (oil/gas producing countries) through the Global Gas Flaring Reduction partnership;
- Promote the regional integration of the energy markets in Africa, including through the completion of ongoing initiatives like the Maghreb electricity markets' integration project, and explore their possible extension and replication in other African regions;
- Promote the development of energy interconnections between Africa and Europe;
- Explore the possibilities for launching a major cooperation programme in the field of renewable energy sources in Africa, including the possible establishment of regional centres for promotion of renewable energy and energy efficiency;
- Mainstream climate change into development cooperation in the area of energy;
- Hold a high level Africa-EU energy dialogue meeting every two years.

Actors

- AU Commission/NEPAD, African States, RECs, AFREC, and other African Energy Institutions;
- European Commission, EU Member States
- Private sector (in particular energy companies), AfDB, EIB, other IFIs, energy centres, civil society and other Interested actors;
- African local authorities.

Finance

- Appropriate financing sources in accordance with their respective scope and their relevance to objectives and activities concerned, their specificity and eligibility criteria, such as the 10th EDF, ENPI, DCI;
- Infrastructure Trust Fund, Energy Facility, Thematic Programme for Environment and Natural Resources Management, including Energy (ENTRP);
- Bilateral contributions from EU Member States and African States;
- African Development Bank, European Investment Bank;
- Private sector contributions.

(6)

AFRICA-EU PARTNERSHIP

ON

CLIMATE CHANGE

RATIONALE

Climate Change is affecting all countries, but Least Developed Countries and other vulnerable developing countries are expected to be hit earliest and hardest. Africa will be particularly affected in terms of food security, sustainable water supply and extreme weather phenomena such as floods, droughts and threats of desertification. Economies and livelihoods of an increasing number of communities, countries and sub-regions in Africa continue to decline due to desert encroachment partly emanating from climate change and locally generated land degradation processes.

In addressing these pertinent issues, Africa and the EU will engage in a partnership that will provide for dialogue, cooperation and exchange on concrete actions to respond to climate change and an effective channel for holding deliberations on a shared Africa-EU vision, with close links to the proposed Global Climate Change Alliance. This will take into account African initiatives such as the African Climate Information for Development in Africa (ClimDev Africa) Programme and the need to implement and further develop climate change related instruments, especially the 1992 UN Framework Convention on Climate Change (UNFCCC) and the Kyoto Protocol (KP), but also the UN Convention on Combating Desertification (UNCCD) and will represent an integrated framework for Africa-EU cooperation on climate change.

PRIORITY ACTION 1: BUILD A COMMON AGENDA ON CLIMATE CHANGE POLICIES AND COOPERATION

Objectives

- Enhanced dialogue, and common approaches, including at multilateral level, on climate change challenges in Africa, Europe and globally, in particular in view to the negotiations for a global and comprehensive post-2012 climate agreement;
- Strengthened capacities to adapt to climate change and to mitigate its negative effects.

Expected outcomes

- A strengthened Africa-EU dialogue on the development, implementation and further improvement of climate change related initiatives and treaties, in particular in view of the negotiations of a global and comprehensive post-2012 climate agreement;
- Systematic integration of climate change into African national and regional development strategies as well as into Africa-EU development cooperation;
- Increased capacity in African countries to adapt to climate change and mitigate its negative effects, including through climate risk management and resilience to deal with climate-related disasters;
- Improved data, analytical methods and infrastructure for sectoral Climate Risk Management (CRM), monitoring climate variability and detecting climate change with strengthened observation networks and service centres in Africa;
- Reduced rates of deforestation and better preservation of forest ecosystems, while improving the livelihood of forest dependent populations;
- Increased benefits for Africa from participation in the global carbon market and enhanced capacity of African negotiators in the international market;
- Increased energy efficiency and resilience to climate change in the African economies.

Activities

- Coordinate approaches on climate change challenges in Africa, Europe and globally, in particular in view of the negotiations of a global and comprehensive post-2012 climate agreement;
- Set up national/regional adaptation plans to climate change, and support the implementation of ClimDev Africa;
- Jointly promote and deploy environmentally friendly technologies and improve the monitoring of environmental effects of climate change;
- Launch risk-awareness and preparedness campaigns on climate-related natural disasters, in particular for vulnerable communities;
- Strengthen climate-monitoring and forecasting capacities;
- Elaborate and implement adaptation and mitigation strategies, particularly in relation to water, energy, health, environment, agricultural and food security issues;
- Integration of climate change in African development planning and in Africa-EU development cooperation;
- Build up reporting systems to monitor deforestation, support innovative performance based mechanisms to provide incentives for reducing emissions from deforestation and improve sustainable management of natural resources;
- Facilitate the participation of African countries in the global carbon market, including through the Clean Development Mechanism;
- Enhance capacities of African negotiators;
- Contribute to initiatives like European Capacity Building Initiative (ECBI);
- Promote climate observation, in particular for the African continent, and enhance links to global climate observatory systems.

Actors

- AU Commission/NEPAD, African States, RECs
- European Commission, EU Member States;
- Local authorities;
- Private sector, civil society
- UN Agencies, AfDB, Global Climate Observing System;
- Regional technical institutions like Agrhymet, OSS (Observatory of Sahara and Sahel).

Finance

- Appropriate financing sources in accordance with their respective scope and their relevance to objectives and activities concerned, their specificity and eligibility criteria, such as the 10th EDF, ENPI, DCI, and appropriate thematic programmes on Environment and Natural Resources;
- Bilateral contributions from EU Member States and African states;
- Private sector, African Development Bank;
- Funds under UN Framework Convention on Climate Change/Kyoto Protocol (Least Developed Countries Fund, Special Climate Change Fund, Adaptation Fund);
- Global Climate Change Alliance (GCCA);
- Funds deriving from the Bonn political commitment;
- GEEREF (risk sharing and co-funding options for commercial and non-commercial investors).

Priority Action 2: Cooperate to address land degradation and increasing aridity, including the "Green Wall for the Sahara Initiative"

Objective

- Combat desertification and improve the livelihoods of the inhabitants of the countries of the Sahara and Sahel zones of Africa.

Expected outcomes

- Progress towards reversal of desert encroachment and soil degradation;
- Improvement of micro-climatic conditions and reduction of land degradation.

Activities

- Identify the relevant activities in the “Green Wall Initiative” adapted to the national and regional context;
- Enhance environmental sustainability within the framework of regional and international environmental agreements;
- Advance the implementation of the UN Convention to Combat Desertification;
- Improve the knowledge on land degradation and desertification;
- Control land degradation, promote sustainable land management with a view to integrate land management issues in national development strategies, including poverty reduction strategy papers (PRSPs), and increase land productivity and food production;
- Promote integrated natural resource management and conserve biological diversity;
- Address the problems of land degradation and increasing aridity at all relevant levels to respond to local needs and build on local and individual efforts and successes;
- Create awareness and promote wider public involvement in arresting desertification in a sustainable manner;
- Identify and promote alternative livelihoods and productive systems for the populations affected by desertification.

Actors

- AU Commission/NEPAD, African States, RECs, local communities;
- Regional technical institutions and networks;
- European Commission, EU Member States;
- AfDB, civil society and other interested actors.

Finance

- Appropriate financing sources in accordance with their respective scope and their relevance to objectives and activities concerned, their specificity and eligibility criteria, such as the 10th EDF, ENPI, DCI, and appropriate thematic programmes on Environment and Natural Resources;
- Bilateral contributions from EU Member States and African states;
- Private sector, African Development Bank.

(7)

AFRICA-EU PARTNERSHIP

ON

MIGRATION, MOBILITY AND EMPLOYMENT

RATIONALE

The Africa-EU Partnership on Migration, Mobility and Employment will provide holistic responses to these various issues in the interest of both partners, with the particular objectives to create more and better jobs for Africa and to better manage migration flows.

This partnership will ensure that better-managed migration and employment issues become an essential part of poverty reduction strategies or other national development and co-development strategies of African countries. The partnership will ensure that migration and employment works for sustainable development and that all relevant international agreements and declarations are implemented.

The partnership will in particular build on the Tripoli Declaration on Migration and Development and the Ouagadougou Declaration and Action Plan on Employment and Poverty Alleviation.

At the Tripoli EU-Africa Ministerial Conference on Migration and Development in November 2006, Africa and the EU adopted for the first time a joint strategy, in the form of the Tripoli Declaration, to respond to the challenges and maximise the benefits of international migration. The EU-Africa Action Plan on trafficking in human beings, which was formally endorsed on the same occasion, is part and parcel of the comprehensive strategy adopted in Tripoli, even though, for practical reasons, it is addressed separately in this document.

PRIORITY ACTION 1: IMPLEMENT THE DECLARATION OF THE TRIPOLI MINISTERIAL CONFERENCE ON MIGRATION AND DEVELOPMENT

Objectives

- To facilitate mobility and free movement of people in Africa and the EU and to better manage legal migration between the two continents;
- To address the root causes of migration and refugee flows;
- To find concrete solutions to problems posed by illegal or irregular migratory flows;
- Address the problems of migrants residing in EU and African countries.

Expected outcomes

Migration

- Better utilisation of potential synergies between migration and development;
- Concrete progress towards tackling the critical human resource situation in the health sector and other sectors of concern;
- Enhanced cooperation on migration management in Africa and the EU;
- Improved co-operation in all domains in the fight against illegal or irregular migration, including reaching agreements on the issues of return and readmission of illegal migrants to their country of origin, as foreseen by the Tripoli Declaration;
- Enhanced capacity to ensure international protection for persons in need of it;
- Better integration of African migrants in their respective EU and African countries of residence.

Mobility

- Further reduction of obstacles to free movement of people within Africa and within the EU;
- Enhanced mechanisms to facilitate circular migration between Africa and the EU.

Activities

Migration

- Further integrate relevant issues concerning migration, mobility and employment into poverty reduction strategies and country strategy papers, in particular through support to continued improvement and updating of individual countries' migration profiles, with a particular focus on skills gaps and mismatches in labour markets;
- Advance progress towards the implementation of the AU Migration Policy Framework, in particular in the field of capacity building;
- Promote regional schemes to enhance cooperation between countries of origin, transit and destination on migration and development along migratory routes;
- Further improve cooperation on international protection;
- Create a network of migration observatories to collect, analyse and disseminate data on migration flows;
- Make further steps towards the facilitation of safer, faster, and cheaper remittances, including for investments; ensure that sufficient data, research and know-how is made available to governments; promote innovative solutions for transferring money;
- Take action to combat exploitation, discrimination and social exclusion of migrant workers;
- Further improve joint action on fighting illegal immigration, human smuggling and human trafficking;
- Mobilize adequate financial resources, from within the framework of existing funds and programming mechanisms, for the effective implementation of the measures outlined in the Tripoli Declaration;
- Urge the two Commissions to speed up the examination of the feasibility of setting up a Fund as provided for in the Tripoli Declaration;
- Establish regular dialogue on African migrants residing in EU and African countries with a view to addressing their problems.

Mobility

- Promote dialogue and cooperation on visa issues with a view to facilitating mobility between Europe and Africa, giving a priority to officials involved on a regular basis in the Africa-EU partnership; Identify mechanisms and projects that facilitate circular migration between Africa and the EU;
- Promote 'ethical recruitment' policies in the EU and in Africa to minimise brain drain pull factors in critical sectors; support the implementation of retention strategies to address push factors;
- Scale up education and vocational training in critical sectors, in particular through the creation of schools/workshops to provide adequate training to young professionals and workers, in direct response to local, national and external labour market needs;
- Set up and maintain appropriate incentive mechanisms which will encourage the retention and return of key qualified personnel;
- Assist African governments to set up Migration Information and Management Centres, as an instrument to better manage labour mobility in Africa and between Africa and the EU;
- Facilitate the mobility of members of the diasporas and/or migrant communities, to allow them to act as agents of development; launch an inventory of diaspora organizations to enhance cooperation; promote co-development schemes;
- Support partnerships and twinning initiatives between institutions in Africa and the EU, such as hospital and universities.

Actors

- AU Commission/NEPAD, African States, Pan-African Parliament, RECs, African Development Bank (AfDB), African local authorities;
- European Commission, EU Member States, European Parliament, European Investment Bank (EIB);
- Civil society actors, migrant associations, research institutions;
- UN organisations and specialised international organisations.

Finance

- Appropriate financing sources in accordance with their respective scope and their relevance to objectives and activities concerned, their specificity and eligibility criteria, such as the 10th EDF, ENPI, DCI, and the European Instrument for Democracy and Human Rights (EIDHR), and appropriate thematic programmes for the cooperation with third countries in the area of migration and asylum;
- Bilateral contributions from EU Member States and African states.

PRIORITY ACTION 2: IMPLEMENT THE EU-AFRICA PLAN OF ACTION ON TRAFFICKING OF HUMAN BEINGS

Objectives

- To effectively combat trafficking in human beings through a victim-centred approach, in particular of women and children;
- To address the root causes of trafficking in human beings in countries of origin, as well as in countries of destination;
- To contribute to the empowerment of women and children.

Expected outcomes

- Measurable reduction in trafficking of human beings, in particular of women and children;
- Enhanced awareness on trafficking in human beings among all stakeholders and especially high risk groups;
- Protection of victims of trafficking;
- Legislative frameworks and effective instruments in place to arrest and prosecute the organizers of trafficking.

Activities

- Sign and ratify relevant international conventions, in particular the UN Convention on Transnational Organised Crime and its Protocols;
- Establish or reinforce the necessary legal framework, prepare national and regional strategies and action plans, and ensure effective implementation and enforcement;
- Establish multi-disciplinary task forces within existing regional mechanisms;
- Raise awareness of officials and potential victims;
- Strengthen preventive measures in countries of origin, transit and destination;
- Strengthen capacities for law enforcement;
- Provide legal, medical and social protection and assistance to victims;

- Enhance bilateral and multilateral cooperation and coordination between European and African countries of origin, transit and destination, and establish trans-national referral mechanisms among them.

Actors

- AU Commission, African States, Pan-African Parliament, RECs, African local authorities;
- European Commission, EU Member States, European Parliament;
- Civil society actors, migrant associations, research institutions;
- UN organisations and specialised international organisations.

Finance

- Appropriate financing sources in accordance with their respective scope and their relevance to objectives and activities concerned, their specificity and eligibility criteria, such as the 10th EDF, ENPI, DCI, and appropriate thematic programmes for the cooperation with third countries in the area of migration and asylum;
- Bilateral contributions from EU Member States and African states.

PRIORITY ACTION 3: IMPLEMENT AND FOLLOW UP THE 2004 OUAGADOUGOU DECLARATION AND ACTION PLAN ON EMPLOYMENT AND POVERTY ALLEVIATION IN AFRICA.

Objective

- To create more, more productive and better jobs in Africa, in particular for youth and women in line with the UN "Decent Work for all" Agenda.

Expected outcomes

- Progress towards creating an enabling non-discriminatory business environment for private sector development; investments in cooperation with all relevant stakeholders; encouragement of entrepreneurship and self-employment;
- Improved employability and productivity of workers and a better match between supply and demand of labour;
- Improved understanding of the informal economy with a view to a progressive formalisation of the informal sector;
- Enhanced understanding and implementation of the internationally adopted Decent Work principles;
- Implementation of the EU's commitments on Policy Coherence for Development, particularly in the areas of trade, fisheries and agriculture.

Activities

- Integrate full and productive employment and decent work for all into national development strategies including poverty reduction strategies and country strategy papers;
- Strengthen the capacity of employment agencies and of other labour market actors and institutions, such as organisations of employers and workers, labour administrations, in Africa and encourage links and networks among them;
- Create a more direct link between skills training and the needs of local labour markets as well as possible investment opportunities, including through the provision of Technical and Vocational Education and Training (TVET);

- Encourage the elaboration of Decent Work Country Programmes and participation in joint awareness raising activities on Decent Work, with a specific focus on the informal sector, in particular for women and young people;
- Strengthen the quality of local tertiary-level education, revitalise African universities and promote the training of high-level technical and professional manpower, including through the Nyerere and Erasmus Mundus programmes;
- Promote investment in private sector and microfinance schemes.

Actors

- AU Commission/NEPAD, African States, Pan-African Parliament, RECs, African local authorities;
- European Commission, EU Member States, European Parliament;
- EU and African civil society actors including the social partners;
- Research institutions;
- UN organisations and specialised international organisations.

Finance

- Appropriate financing sources in accordance with their respective scope and their relevance to objectives and activities concerned, their specificity and eligibility criteria, such as the 10th EDF, ENPI, DCI, and the thematic programme 'Investing in People';
- Bilateral contributions from EU Member States and African states.

(8)

AFRICA-EU PARTNERSHIP

ON

SCIENCE, INFORMATION SOCIETY AND SPACE

RATIONALE

Africa is the continent where the scientific and digital divides are the widest. The MDGs identify the essential role of science and technology for socio-economic transformation. Investments in African scientific capacities have not been prioritized and the continent is losing some of its best scientific and technical expertise to other regions. It is in this context, that the Africa Science and Technology Consolidated Plan of Action was developed, consolidating the AU Commission and NEPAD programmes related to science and technology capacity building, knowledge production and technological innovation.

The MDGs also identify information and communication technologies (ICTs) as key enablers for poverty reduction and growth. Although ICTs are multi-sectoral tools for socio-economic development, a dedicated coherent strategy needs to be implemented in order to develop an inclusive information society in Africa. It is on these principles, and in the context of the World Summit on Information Society, that the African Regional Action Plan for Knowledge Economy (ARAPKE), an AU initiative, was developed.

Space applications provide, by their very nature, an effective platform to address problems from a regional perspective. The use of space science for development in Africa presents considerable opportunities, and there is a need to establish institutional arrangements to enable Africa to tap their benefits. Space-based systems can play a key enabling role in the attainment of Africa's sustainable development objectives and contribute to the monitoring of climate change.

Bridging the digital and scientific divide within African countries and between Africa and other regions, as well as fostering cooperation on space applications and technology to support Africa's sustainable development objective underlie the Africa-EU Partnership on Science, Information Society and Space.

PRIORITY ACTION 1: SUPPORT THE DEVELOPMENT OF AN INCLUSIVE INFORMATION SOCIETY IN AFRICA

Objective

- Bridging the digital divide and to enhance the use of information and communication technologies (ICTs) as key enablers for poverty reduction, growth, and socio-economic development.

Expected outcomes

- A more sustainable, accessible, affordable and effective African ICT infrastructure;
- Enhanced use of ICT applications in order to achieve MDG objectives, notably in the health and education sector;
- Progress toward inclusive and equitable knowledge-based societies;
- Common African-EU positions and approaches in international and regional ICT fora.

Activities

- Complement investments made on physical infrastructures, as planned in the EU-Africa Partnership on Infrastructure, through support to key capacity-building initiatives identified in the African Regional Action Plan for Knowledge Economy (ARAPKE);
- Create the right conditions for setting-up efficient public-private partnerships to ensure affordable service costs and the widest diffusion on ICTs and related services;
- Ensure coherence between activities carried out at continental and regional levels;
- Increase the use of ICTs and ICT-applications of high societal impact in Africa, in particular the e-health and e-learning domains;
- Enhance ICT human resource development, promoting e-skills and digital literacy;
- Reinforce the deployment of regional research and education networks and their interconnection with the GEANT-2 network;
- Harmonize efforts and initiatives with regard to ICTs that include infrastructure, internet exchange points, interconnectivity and interoperability;

- Promote ICT policies and strengthen regulatory frameworks in Africa;
- Promote telemedicine and early warning systems for epidemics, linked to rapid response plans;
- Hold a systematic and regular dialogue on all issues related to ICTs on technical, senior official and political level in the most effective formats.

Actors

- AU Commission/NEPAD, African States, RECs;
- European Commission, EU Member States;
- Private Sector;
- Civil Society and NGOs;
- Local authorities;
- International Financing Institutions;
- UN and specialized agencies.

Finance

- Appropriate financing sources in accordance with their respective scope and their relevance to objectives and activities concerned, their specificity and eligibility criteria, such as the 10th EDF, ENPI, DCI;
- Bilateral contributions from EU Member States and African States.

PRIORITY ACTION 2: SUPPORT S&T CAPACITY BUILDING IN AFRICA AND IMPLEMENT AFRICA'S SCIENCE AND TECHNOLOGY CONSOLIDATED PLAN OF ACTION (CPA)

Objective

- Bridging the scientific divide, to strengthen African capacities in the area of science and technology, and to enhance the use of science and technology as key enablers for poverty reduction, growth, and socio-economic development.

Expected outcomes

- A strengthened African S&T base;
- Increased number of scientists, technicians and engineers;
- Mainstreaming of S&T into RECs' sectoral programmes and projects;
- Improved infrastructure and facilities for R&D;
- Strengthened AU- EU cooperation on science and technology programmes.

Activities

- Start implementation of the Addis Ababa Declaration on Science and Technology for Development in Africa;
- Enhance cooperation with RECs on mainstreaming science and technology for socio-economic development and competitiveness, and strengthen their capacities in this area;
- Promote the application of S&T to achieve specific MDGs;
- Promote integrated health research strategies and improve national capacities in areas such as health management information systems, epidemiological surveys, clinical and operational research, and enhance links with the European and Developing Countries Clinical Trials Partnership (EDCTP);
- Define innovative ways and means of financing science and technology in Africa;
- Develop harmonized science and technology policies in Africa;
- Reinforce the S&T dimension in education and training;
- Promote the exchange of good practices of cooperation in S&T at the regional and international levels;

- Advance institutional and policy arrangements that enable African countries to mobilize and share their scarce resources to conduct science and generate technological innovations;
- Promote the participation of the African research community into European programmes of Research and Technological Development;
- Promote twinning arrangements between relevant African and European actors.

Actors

- AU Commission/NEPAD, African States, RECs;
- European Commission, EU Member States;
- Private Sector, universities, science and technology institutions and research centres;
- International Financing Institutions;
- UNESCO and other UN agencies;
- European and Developing Countries Clinical Trials Partnership (EDCTP).

Finance

- Appropriate financing sources in accordance with their respective scope and their relevance to objectives and activities concerned, their specificity and eligibility criteria, such as the 10th EDF, ENPI, DCI;
- Bilateral contributions from EU Member States and African States;
- African Science and Technology fund;
- EDCTP, Thematic Budget Investing in People.

PRIORITY ACTION 3: ENHANCE COOPERATION ON SPACE APPLICATIONS AND TECHNOLOGY

Objective

- Enhanced cooperation in the use of sustainable and affordable space application and technology to support Africa's sustainable development objectives.

Excepted outcomes

- Space-related issues fully integrated in specific dialogues and cooperation initiatives in areas such as environment and resource management, climate change, peace and security;
- Specific projects based on space technologies to achieve regional and global development goals.

Activities

- Jointly analyse the potential to use space applications to better manage natural resources, improve living conditions of populations and promote sustainable development, in particular in the areas of:
 - Telecommunications and bridging the digital divide;
 - Monitoring of climate change, desertification or fires, and water and food resources through Earth Observation, such as Global Monitoring for Environment and Security (GMES) for Africa;
 - Navigation applications such as GALILEO, European Geostationary Navigation Overlay Service (EGNOS);
 - Facilitating humanitarian aid operations and improving security of populations through integrated space applications,
 - Space technologies and scientific applications as contributions to the knowledge-based society.
- Ensure effective follow-up of the event "Space for Development – the Case of GMES and Africa" (Lisbon, December 2007);
- Develop concrete joint cooperation initiatives in selected areas.

Actors

- AU Commission/NEPAD, African States;
- European Commission, EU Member States;
- European agencies such as the European Space Agency (ESA) and Eumetsat;
- Private Sector.

Finance

- Appropriate financing sources in accordance with their respective scope and their relevance to objectives and activities concerned, their specificity and eligibility criteria, such as the 10th EDF, ENPI, DCI;
 - Bilateral contributions from EU Member States and African States.
-